

## **T1 Tagesordnung**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 20.10.2023  
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung und Formalia

### **Antragstext**

- 1 Freitag
- 2 TOP 1: Formalia
- 3 Samstag:
- 4 TOP 2: Präferenzwahl
- 5 TOP 3: Solidarität grenzenlos!
- 6 TOP 4: Kampagnenjahr 2024
- 7 TOP 5: Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands
- 8 TOP 6: Wahl des Bundesvorstands
- 9 Sonntag:
- 10 TOP 7: Finanzen
- 11 TOP 8: Satzungsänderungsanträge
- 12 TOP 9: Arbeitsprogramm
- 13 TOP 10: Wahl des Schiedsgerichts
- 14 TOP 11: Wahl der Rechnungsprüfung
- 15 TOP 12: Verschiedene Anträge

## **K-1 Den Fortschritt selbst in die Hand nehmen!**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 21.10.2023  
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

### **Antragstext**

1 Das letzte Jahr war hart: Preissteigerungen, Mieterhöhungen, explodierende  
2 Heizkosten, aber stagnierende Löhne, Bafög-Sätze und Ausbildungsvergütungen.  
3 Gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor den Auswirkungen der Klimakrise  
4 und ihrer persönlich unsicheren Zukunft ohne rosige Perspektiven. Dieser Zustand  
5 ist kein Zufall, sondern ein Produkt der liberalen Ampel-Politik, die die  
6 soziale Frage außen vor lässt und die Klimakrise nicht ernst nimmt. So  
7 frustrierend das auch ist, so klar ist auch: Genauso wie dieser Zustand durch  
8 die politischen Umstände zu erklären ist, ist er auch veränderbar.

### **Die Ampel regiert auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.**

10 Vor zwei Jahren ist die Ampel als selbsternannte Fortschrittskoalition  
11 angetreten. Heute müssen wir feststellen, dass von Fortschritt nicht viel übrig  
12 geblieben ist. Große Vorhaben der Ampel wurden so weit abgeschliffen bis von  
13 ihnen kaum noch etwas übrig ist. Die Ampel plant so wenig Geld für die  
14 Kindergrundsicherung ein, dass es unklar ist, wie Kinderarmut damit ernsthaft  
15 angegangen werden soll. Die Ausbildungsgarantie lässt weiterhin tausende junge  
16 Menschen ohne Ausbildungsplatz zurück. Die Bafög-Reform fällt Lindners Sparkurs  
17 zum Opfer. Der Mindestlohn wird nur im Cent-Bereich angepasst. Das Bürgergeld  
18 ist eine schlechte Kopie von Hartz IV. Während der vorgezogene Kohleausstieg im  
19 Rheinland dank des skandalösen Deals mit RWE nicht die Emissionsminderungen  
20 bringen wird, die nötig wäre, gibt es für den Strukturwandel im Osten immer noch  
21 keinen Plan, in den die Menschen vor Ort Vertrauen setzen. Gleichzeitig  
22 verpasste die Regierung die Chance, ihr beliebtestes Klimaprojekt, das 9€-  
23 Ticket, fortzuführen.

24 Die Ampel ist eine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners und mit diesem  
25 kleinen Nenner lassen sich kaum gemeinsame Interessen finden. Appelle an die  
26 Ampel, man solle sich weniger streiten und einiger auftreten, sind absurd, denn  
27 wer kaum etwas gemein hat, der ist zum Streiten verdammt.

28 Solange die Ampel aber die soziale Frage ausspart, verlagern sich die

29 gesellschaftlichen Konflikte von „unten vs. oben“ zu „innen vs. außen“. Rechte  
30 nutzen diese gesellschaftliche Stimmung und spielen die Ärmsten gegeneinander  
31 aus. Darunter leiden oft vor allem marginalisierte Gruppen: Rassismus nimmt zu  
32 und die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Flüchtenden kippt immer weiter.  
33 Anstatt sich für Antidiskriminierung stark zu machen, gießen Konservative und  
34 Liberale Wasser auf die Mühlen der Rechten. Die gemeinsame Abstimmung der CDU-  
35 und FDP-Fraktion im Thüringer Landtag machte deutlich, wie sehr die Brandmauer  
36 zur AfD bröckelt. Gleichzeitig sollen immer mehr Ländern zu sicheren  
37 Herkunftsstaaten erklärt werden, was tausende Menschen wissentlich in Gefahr  
38 bringt. Diese Entwicklungen sind ein Sicherheitsrisiko für Menschen auf der  
39 Flucht und hier vor Ort. Das nehmen wir nicht hin!

41 Die von rechts angeheizte Konkurrenz zwischen den Ärmsten ist eine logische  
42 Konsequenz unsozialer Politik und führt dazu, dass gesellschaftlichen Mehrheiten  
43 für Klimaschutz, Solidarität oder gesellschaftspolitische Errungenschaften  
44 bröckeln. Während Rechte mit ihren Kulturkämpfen die gesellschaftliche Stimmung  
45 kippen wollen, stehen wir zusammen.

46 Außerdem erleben wir, wie die gesellschaftliche Stimmung, angeheizt durch  
47 konservative und rechtspopulistische Kräfte, kippt. Aus einfachen Parolen  
48 entstehen tätliche Angriffe auf politisch Aktive, wie beispielsweise in den  
49 Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen. Selbst das unfassbare Verhalten von  
50 Hubert Aiwanger im Umgang mit dem antisemitischen Flugblatt wird in dieser  
51 aufgeheizten Stimmung zum Kulturkampf und das Festhalten an ihm als Minister  
52 widerspricht allen bisherigen Grenzen. Dieser gesellschaftlichen Spaltung wollen  
53 wir entgegenwirken.

54 Vernünftig und gerecht wäre, diejenigen zu besteuern, die in den letzten Jahren  
55 Übergewinne gemacht haben, Millionen mit Mieteinnahmen verdient haben und deren  
56 Millionenvermögen selbst in der Krise weiter gewachsen sind. Stattdessen werden  
57 Empfänger\*innen von Bürgergeld gegen Geringverdiener\*innen und in Armut lebende  
58 Rentner\*innen gegen Asylbewerber\*innen ausgespielt.

### 59 **Es braucht eine andere Politik!**

60 Angesichts dieser Entwicklungen bräuchte es dringend eine andere Politik, die  
61 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und somit allen ein gutes Leben  
62 ermöglicht. Dafür fordern wir:

- 63 • **Tax the rich!** Während die Superreichen immer reicher werden, können wir  
64 uns nicht mehr als Nudeln mit Pesto leisten. Das darf so nicht sein: Wir  
65 können uns die Superreichen nicht mehr leisten! Wir fordern eine echte  
66 Millionärssteuer! Für eine gerechte Besteuerung müssen alle Wege in  
67 Betracht gezogen werden: Vermögen, Einkommen und Erbschaft.

- 68 • Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse - und noch dazu ökonomisch  
69 vollkommen unvernünftig. **Die Schuldenbremse gehört ersatzlos abgeschafft,**  
70 stattdessen brauchen wir sofort massive Investitionen in eine  
71 klimagerechte Zukunft.
- 72 • **Kommunen und Demokratieförderung stärken!** Für das Gute Leben vor Ort  
73 braucht es mehr Geld! Nur so kann es lebendige Jugendzentren, Sport und  
74 Kulturangebote, eine würdevolle Unterbringung für Geflüchtete, Integration  
75 und bezahlbaren Wohnraum und gerechten Klimaschutz vor Ort geben. Deswegen  
76 müssen die Kommunen endlich von ihren lähmenden Altschulden befreit werden  
77 und dauerhaft viel größere finanzielle Spielräume erhalten. Die chronische  
78 Unterfinanzierung von Jugendarbeit und Demokratieförderung im Projektstil  
79 muss ein Ende haben - Institutionen, Vereine und Initiativen, die dem  
80 solidarischen Miteinander dienen, müssen dauerhaft und verlässlich  
81 finanziert werden.
- 82 • **Eine Mega-Offensive in Bus und Bahn!** Fahrpläne werden zusammengekürzt,  
83 Bus- und Bahnfahrer\*innen arbeiten unter schlechten Bedingungen und  
84 niedrigen Löhnen und nicht mal für das 49€-Ticket ist die langfristige  
85 Finanzierung gesichert. Um diesen Umstand zu ändern, brauchen wir dringend  
86 mindestens 16 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für den ÖPNV und eine  
87 Verdopplung des Bus- und Bahnangebots bis 2030!
- 88 • **Das Klimageld muss sofort kommen!** Gerade in Zeiten, in denen  
89 gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutz auf der Kippe stehen, müssen  
90 die Menschen für den steigenden CO2-Preis ausreichend entlastet werden.  
91 Das Klimageld darf nicht zum nächsten ausgehöhlten Ampel-Projekt werden!
- 92 • **Bezahlbarer Wohnraum für alle!** Während die Mietpreise weiter explodieren  
93 und die Wohnungsnot nicht bekämpft wird, machen Wohnungskonzerne und ihre  
94 Aktionäre dicke Gewinne. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordern wir  
95 einen bundesweiten Mietendeckel und eine Offensive bei kommunalem und  
96 genossenschaftlichem Wohnungsbau. Wohnen ist ein Grundrecht und damit  
97 sollte niemand Profit machen dürfen. Deshalb darf Wohnen nicht dem Markt  
98 überlassen werden. Große Wohnungskonzerne gehören vergesellschaftet!
- 99 • **Ausbildungsvergütung und Bafög an die Inflation anpassen!** Wir haben ein  
100 würdevolles Leben verdient, auch in Zeiten unserer Ausbildung.

- 101 • **Mindestlohn auf 15 Euro anheben:** Die 41 Cent Erhöhung sind blanker Hohn.

102 **Ein gutes Leben ist möglich – wenn wir es uns erkämpfen!**

103 Wir wissen: Die richtigen Forderungen zu haben, reicht nicht aus. Wir können uns  
104 nicht darauf verlassen, dass die Ampel von alleine ihre Politik ändert. Deshalb  
105 nehmen wir es selbst in die Hand und organisieren den Druck, der für eine  
106 gerechte Politik notwendig ist! Im kommenden Jahr machen wir das hauptsächlich  
107 mit zwei großen Projekten:

- 108 • Wir stellen zu den **Kommunal-, Landtags- und Europawahlen im Jahr 2024** die  
109 Verteilungsfrage! Als Grüne Jugend werden wir die Wahlen nutzen, um unsere  
110 Forderungen auf die Straße und in unsere Nachbarschaft zu tragen und dort  
111 mit vielen neuen, jungen Menschen ins Gespräch zu kommen – darüber, was  
112 sie frustriert, was wir für ein gutes Leben brauchen und dass wir es  
113 gemeinsam erkämpfen können. So begeistern wir junge Menschen, mit uns  
114 gemeinsam politisch aktiv zu werden. **Wir wollen mehr werden!**

- 115 • Wir sind überzeugt davon, dass wir uns mit vielen hinter unseren  
116 gemeinsamen Interessen verbünden können. Deshalb suchen wir in den  
117 nächsten Wochen und Monaten den gemeinsamen Schulterschluss mit der  
118 Klimabewegung und den Beschäftigten im Nahverkehr in der Kampagne  
119 **#WirFahrenZusammen**. Zusammen setzen wir uns für massive Investitionen in  
120 den ÖPNV ein und unterstützen die Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf, in  
121 dem wir ihnen die dringend notwendige Solidarität organisieren.

122 Wir können und werden nicht weiter dabei zusehen, wie die Ampel keine soziale  
123 Politik macht findet und massenhaft besorgte Menschen zurücklässt. Wir wissen,  
124 dass ein gutes Leben für alle möglich ist und dass wir es uns gemeinsam  
125 erkämpfen müssen. Dafür werden wir im Kampagnenjahr 2024 und im  
126 **#WirFahrenZusammen-Winter** auf die Straße gehen und bei uns vor Ort aktiv sein!

## K-3 Solidarität grenzenlos!

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 21.10.2023  
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

### Antragstext

1 Massive Brände in Griechenland, Kanada und auf Hawaii. Gleichzeitig verheerende  
2 Unwetter und Überflutungen in Deutschland, Kalifornien und Libyen - abwechselnd  
3 mit extremer Hitze und Trockenheit. Die Klimakrise ist überall angekommen. Dass  
4 die Antwort hierauf nicht nur auf nationaler Ebene erfolgen kann, ist  
5 mittlerweile allen bewusst.

6 Genauso ist es mit anderen globalen Krisen: Menschen müssen sich entscheiden, ob  
7 sie in Kriegsgebieten bleiben oder sich auf eine möglicherweise tödliche Flucht  
8 begeben. Während die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger immer  
9 weiter zunimmt, müssen sich Milliarden Menschen weltweit fürchten, dass es kein  
10 soziales Sicherungsnetz gibt, was sie auffängt.

11 Immer mehr Nationalstaaten wollen Probleme nur national und auf Kosten anderer  
12 lösen. Für uns ist aber klar: **Es braucht wieder mehr internationale Solidarität**  
13 **– Es braucht einen starken Internationalismus!**

### 14 Die Welt, die uns umgibt...

15 Die Globalisierung hat zweifelsfrei Vorteile gebracht: Ein steigendes  
16 Warenangebot, weltweite Austauschprogramme, mehr internationale Kommunikation  
17 und noch vieles mehr. Allerdings ist die Kehrseite der Globalisierung  
18 unübersehbar: Globale Konzerne versetzen Beschäftigte weltweit in  
19 Lohnkonkurrenz, ganze Sektoren wandern vom einen auf den anderen Tag ab und  
20 lassen Millionen Menschen arbeitslos zurück, im internationalen Wettbewerb  
21 werden Gewerkschaften nach und nach geschwächt, weltweit zerstören  
22 Riesenkonzerne unsere Lebensgrundlage und weltweit wird der gesellschaftliche  
23 Wohlstand vor allem hin zu einigen wenigen Superreichen umverteilt. Diese  
24 Entwicklung ist eine Konsequenz des globalen Kapitalismus, der große Konzerne  
25 immer weiter begünstigt, anstatt den Bedürfnissen der Menschen nachzukommen.

26 Die Auswirkungen des globalen Kapitalismus werden an den Finanzmärkten so

27 deutlich wie an kaum einem anderen Ort: Einzelne Investmentfonds können durch  
28 den Kauf eines Unternehmens entscheiden, ob morgen Arbeitsplätze gekürzt  
29 werden. Überall auf der Welt werden Boden und Natur zu einer Finanzanlage, die  
30 ausgebeutet wird und dazu führt, dass Menschen vertrieben werden. Selbst die  
31 Wohnungen, in denen wir leben, gehören immer häufiger großen Wohnungskonzernen,  
32 die Profite mit unserer Miete machen. Diese Umstände sind eine Konsequenz von  
33 Finanzmärkten, in denen riesige Mengen an Geld in Millisekunden hin- und  
34 hergeschoben werden und am Ende Einfluss auf unser Leben hat.

35 Während Konzerne auf der Suche nach günstigeren Steuern im Eiltempo nationale  
36 Grenzen überwinden können, sind es die Menschen, die an denselben Grenzen nach  
37 ihrer Verwertbarkeit durchgelassen werden. Wer als Arbeitskraft „wertvoll“ ist  
38 oder wer es „verdient“ zu fliehen, wird an kapitalistischen Maßstäben gemessen.  
39 Der Ruf von Arbeitgebern nach erleichterter Fachkräfteeinwanderung wird immer  
40 lauter, während Stimmung gegen diejenigen gemacht wird, die im Angesicht von  
41 Kriegen und Krisen bisher nicht die Chance auf eine Ausbildung hatten. Dabei ist  
42 es gerade die historisch gewachsene Ungerechtigkeit, die ganze Regionen in  
43 Abhängigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen stürzt und Menschen dazu zwingt, ihre  
44 Heimat zu verlassen.

45 Im Angesicht dieser Krisen und Ungerechtigkeiten tragen Regierungen kaum zu  
46 ihrer Eindämmung bei. Anstatt der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende zu  
47 setzen, werden Deals über grünen Wasserstoff in Nordafrika, Minen in Chile oder  
48 LNG in Katar abgeschlossen. Gleichzeitig stützen internationale Institutionen  
49 wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank koloniale Dynamiken und  
50 Abhängigkeiten des Globalen Südens vom Globalen Norden, indem sie eine  
51 ungerechte Sparpolitik durchsetzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort geht.  
52 Auch die Europäische Union ist daran unbeteiligt. Erst zuletzt haben wir am  
53 Migrationsdeal mit Tunesien gesehen, dass die EU sogar bereit ist, Deals mit  
54 Autokraten einzugehen, die einen rassistischen Polizeistaat führen, um die  
55 Migrationsbewegung zu unterbinden. Und anstatt im Angesicht multipler globaler  
56 Krisen in Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit auf  
57 Augenhöhe zu investieren, müssen wir einem globalen Hochrücken und einer  
58 zunehmenden Blockkonfrontation in die Augen sehen.

59 Angesichts der globalen Krisen sehen wir in immer mehr Ländern die Tendenz zu  
60 abschottenden Nationalstaaten. Das kann aber nicht die Lösung sein! Denn das  
61 Problem liegt nicht in der Globalisierung an sich, sondern am globalen  
62 Kapitalismus. Deshalb ist unsere Antwort: Solidarität und Internationalismus!

### 63 **Die Welt, für die wir kämpfen...**

64 Wir wollen in einer Welt leben, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt  
65 leben können, unabhängig davon, wo sie geboren sind. Wir wollen in einer Welt  
66 leben, in der niemand von Zuhause fliehen muss.

67 Wir wollen eine Welt, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen jederzeit  
68 gewährleistet sind. Alle Menschen auf der Welt verdienen es, frei von Hunger zu  
69 leben, eine gute Gesundheitsversorgung zu haben, ein Dach über dem Kopf und eine  
70 gute Anbindung an alles, was sie zum Leben brauchen.

71 Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Frieden ist für uns mehr als die  
72 Abwesenheit von Waffengewalt, es ist die Abwesenheit von Gewalt und Herrschaft  
73 übereinander. Das bedeutet sowohl, dass Autokraten keine Angriffskriege starten,  
74 als auch dass alle Menschenrechte jederzeit gewahrt sind - auch die Sozialen.

75 Wir wollen in einer Welt leben, in der die planetaren Grenzen unserer  
76 Lebensgrundlage geachtet werden, sodass jetzige und kommende Generationen  
77 überhaupt die Aussicht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Solidarität haben  
78 können.

79 Wir wollen eine Welt, in der weder Menschen noch Staaten in ständiger Konkurrenz  
80 zueinander stehen. Wir wollen eine Welt, in der wir kooperieren, um das  
81 bestmögliche Leben für uns alle zu schaffen. Wir streben eine Welt an, die nicht  
82 durch nationalstaatliche Grenzen definiert ist, sondern durch die globale  
83 Gemeinschaft aller.

84 Wir wollen in einer demokratischen Welt leben, in der Menschen über alles, was  
85 sie betrifft, mitentscheiden können und in der Antidemokraten keine Chance mehr  
86 haben.

### 87 **Wir kämpfen für eine gerechte Welt!**

88 Diese Vorstellung einer gerechten Welt wird sich nicht morgen realisieren  
89 lassen. Wir sehen aber an so vielen Orten weltweit, wie Menschen diese Umstände  
90 nicht hinnehmen wollen: Die mutigen Menschen im Iran, die für Freiheit,  
91 Gleichheit und Demokratie gegen das brutale Regime auf die Straße gehen, die  
92 Beschäftigten des GKN-Werkes in Florenz, die ihre Fabrik gegen die Pläne eines  
93 britischen Investmentfonds besetzen, die Beschäftigten bei Amazon, die sich  
94 global über Grenzen hinweg gegen prekäre Arbeitsverhältnisse organisieren und  
95 Klima-Aktivist\*innen in Bosnien, die sich gemeinsam mit den Minenarbeiter\*innen  
96 gegen ausländische Investitionen und für gute, klimafreundliche Arbeitsplätze  
97 organisieren. Sie alle schlagen zurück gegen die Auswirkungen des globalen  
98 Kapitalismus und auch wir sind ein Teil davon! Wir stehen solidarisch an der  
99 Seite derer, die sich für eine gerechte Welt und gegen Autokraten einsetzen. Für  
100 uns ist deshalb auch klar: Wir stehen weiter solidarisch an der Seite der  
101 Menschen in und aus der Ukraine!

102 Wir kämpfen weiter für eine gerechte Welt. Als internationalistischer  
103 Jugendverband kämpfen wir für ein gutes Leben aller Menschen - egal ob in



104 Bogotá, in Baku oder in Berlin. Auch wenn wir mit den Bergleuten am  
105 Steinkohletagebau in Kolumbien auf den ersten Blick nur wenig gemein haben,  
106 haben wir ein gemeinsames Interesse daran, dass unsere Bedürfnisse anstatt die  
107 Profitinteressen einiger weniger im Mittelpunkt stehen. Deshalb lassen wir uns  
108 nicht spalten. Dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, liegt  
109 nicht am Konflikt zwischen Menschen im Globalen Norden und Globalen Süden,  
110 sondern am Konflikt zwischen Profitinteressen auf der einen und unseren  
111 Bedürfnissen auf der anderen Seite.

112 Bei der Lösung dieser Ungerechtigkeiten, können wir uns nicht auf die  
113 Regierungen verlassen. Während Staaten in außenpolitischen Auseinandersetzungen  
114 in der Regel versuchen, das Beste für ihr Land und die Profitabilität ihrer  
115 einheimischen Wirtschaft rauszuholen, geht es uns um ein gutes Leben für alle -  
116 nicht nur in Deutschland. Allzu oft wird das aber von einflussreichen  
117 Regierungen aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Bundesregierung spielt oft eine  
118 besondere, aber keine besonders gute Rolle. Sei es die Abschottung an den EU-  
119 Außengrenzen, Kooperationen mit autokratischen Staaten, die Menschen im eigenen  
120 Land und in Nachbarregionen bekämpfen oder die unsoziale Sparpolitik, die  
121 Deutschland und die EU anderen Regierungen aufzwingt - Internationale  
122 Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik  
123 zur Wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.  
124

125 Der Schutz, die Unterstützung und die Förderung der Demokratie müssen zu einem  
126 zentralen Element der Außenpolitik und der Außenbeziehungen der EU werden. Es  
127 braucht eine aktive Unterstützung pro-demokratischer Bewegungen durch die EU.  
128 Dafür braucht es eine europäische Koordination, die alle Möglichkeiten  
129 identifizieren soll, Wege zu finden, solche Bewegungen zu unterstützen. Dafür  
130 braucht es finanzielle Mittel, welche flexibel und langfristig zur Verfügung  
131 gestellt werden, um eine Planung und Anpassung an die sich ständig entwickelnden  
132 Bedürfnisse der Bewegungen zu gewährleisten. Dabei sollen neben Dissident\*innen  
133 und Aktivist\*innen auch Gewerkschaften und Akteure der Zivilgesellschaft sowie  
134 demokratiefördernde Medien finanziell unterstützt werden. Zudem sollen  
135 europaweit Möglichkeiten zur Vernetzung, Zusammenarbeit und Strategieentwicklung  
136 für diese angeboten werden. Wir stehen dafür ein, jedem Menschen seine Rechte  
137 und Würde zu garantieren. Dieses universalistische Menschenbild wollen wir mit  
138 den beschriebenen Maßnahmen unterstützen und erkämpfen. Unabhängig davon, wo  
139 Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten, um ihre  
140 grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir streiten dafür,  
141 dass jeder Mensch das Recht auf Hilfe hat!

142 Um stark genug dafür zu sein und um genügend Druck für eine bessere Welt - hier  
143 vor Ort und überall anders - machen zu können, müssen wir viele sein. Deshalb  
144 arbeiten wir an einer starken linken gesellschaftlichen Bewegung, die in der  
145 Lage ist, politische Entscheidungen im Sinne aller Menschen weltweit zu  
146 beeinflussen. Für uns ist klar: Internationale Solidarität ist immer  
147 unumstößlicher Grundsatz unseres politischen Aktivismus - dafür machen wir Druck

148 und dafür wollen wir junge Menschen begeistern.

## **J-1 Europa. Solidarisch. Grenzenlos.**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 21.10.2023  
Tagesordnungspunkt: J Kampagnenjahr 2024

### **Antragstext**

1 Unsere 10 Forderungen zur Europawahl-Kampagne

2 Unsere Jugend war viel zu viel Krise. Wir machen damit Schluss und nehmen unsere  
3 Zukunft selber in die Hand. Im nächsten Jahr werden wir als Verband unsere  
4 bisher größte Kampagne zu einer EU-Wahl auf die Straßen bringen: In mehr als  
5 hundert Kreisverbänden mit tausenden Mitglieder! Dabei wollen wir als Grüne  
6 Jugend weiter wachsen und mehr junge Menschen dazu bringen, sich für ihre und  
7 unsere Zukunft einzubringen.

8 Im beschlossenen Kampagnen-Antrag (Länderrat, Juli 2023) haben wir die Grundzüge  
9 unserer Kampagne festgelegt. Mit diesem Antrag beschließen wir die Forderungen  
10 unserer Kampagne.

#### **Wir fordern:**

12 **1. Tax the rich - Millionärssteuer in ganz Europa einführen!** Während die  
13 einen immer reicher werden, leben Millionen Menschen in Europa in Armut,  
14 sozialer Unsicherheit und in Angst vor der Klimakrise. Für eine gerechte  
15 Gesellschaft muss endlich umverteilt werden, denn: Wir können uns die  
16 Reichen nicht mehr leisten!

17 **2. Europäisches Zukunftsprogramm für Stadt & Land!** Wir alle kennen das:  
18 Graue, laute Städte und trostlose, leergefegte Dörfer. Wir wollen, dass  
19 endlich wieder in die Orte investiert wird, die unsere Regionen lebenswert  
20 machen: Jugendzentren, Parks, Bars und Clubs müssen endlich so gefördert  
21 werden, dass sie eine Zukunft haben. Europaweit müssen zukunftsfeindliche  
22 Schuldenbremsen abgeschafft werden!

23 **3. Mieten in ganz Europa deckeln.** Ob Berlin, Paris oder Madrid: Die Mieten in  
24 Europas Metropolen steigen immer weiter. Während sich immer junge Menschen  
25 fragen, ob sie sich das Leben in der Stadt noch leisten können, wird mit

26 Wohnraum spekuliert und große Wohnungskonzerne machen dicke Gewinne mit  
27 unseren Mieten. Schluss damit: Wohnen muss bezahlbar bleiben, deckeln wir  
28 endlich die Mieten!

29 **4. Ob Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe oder Energieversorgung: Schluss mit der**  
30 **Privatisierung unserer Grundbedürfnisse.** Die letzten Jahrzehnte haben  
31 gezeigt: Sparpolitik und Privatisierung unserer Grundversorgung haben  
32 massiven Schaden angerichtet. Deshalb demokratisieren wir die  
33 Daseinsvorsorge und holen sie zurück in die öffentliche Hand. Keine  
34 Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

35 **5. 10€ Ticket für ganz Europa & Verkehrswende aufgleisen!** Bus und Bahn müssen  
36 in Europa massiv ausgebaut werden – sodass du überall schnell, bequem,  
37 günstig und klimaneutral an Dein Ziel kommst, egal wo in Europa du wohnst.  
38 Und weil Mobilität ein Grundrecht ist, muss es endlich europaweit für alle  
39 bezahlbar sein!

40 **6. Grüne Energie – günstig und sicher für alle!** Verheizen wir unsere Zukunft  
41 nicht weiter mit dreckiger Kohle und teurem Gas. 100% Erneuerbare Energie  
42 bis 2035 für alle – so geht Energiesicherheit ohne, dass Du im kalten  
43 sitzen musst. Grüner Strom und erneuerbare Wärme für alle sind machbar.

44 **7. Gute Schulen, gute Ausbildungen, gute Arbeitsbedingungen!** Wir sind die  
45 Fachkräfte der Zukunft. Deshalb braucht es eine europaweite Offensive für  
46 gut ausgestattete Schulen, sowie eine europäische Job- und  
47 Ausbildungsgarantie! Und egal ob Schule, Uni oder Betrieb: Wir alle müssen  
48 im Monat so viel zur Verfügung haben, dass wir davon gut leben können!

49 **8. Sterben im Mittelmeer beenden!** Staatlich oder zivil: Wir brauchen sofort  
50 alle verfügbaren Schiffe, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten!  
51 Seenotrettung darf nicht weiter kriminalisiert werden. Wir fordern jetzt  
52 eine gemeinsame europäischen Rettungsmission!

53 **9. Menschen schützen – nicht Grenzen!** Tausende Menschen harren unter  
54 unwürdigen Zuständen an den europäischen Außengrenzen aus. Dort sollen nun  
55 überall Lager wie in Moria errichtet werden. Statt Menschen immer weiter  
56 zu entrechten, müssen Menschen durch das Asylrecht geschützt werden. Es  
57 braucht sichere Fluchtwege statt Zäune und Stacheldraht! Wir kämpfen für  
58 ein solidarisches Europa, das Menschenrechte schützt!

59 **10. Geflüchtete würdevoll aufnehmen!** Egal ob aus Kiew oder Kabul: Jeder  
60 Menschen muss in unserer Gesellschaft würdevoll aufgenommen werden. Der  
61 Zugang zu Sprachkursen und Jobs müssen wie die freie Wahl des Wohnorts  
62 durch eine echte Unterstützung jedes Menschen garantiert werden.

## **J-2 Für einen Ost New Deal**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 21.10.2023  
Tagesordnungspunkt: J Kampagnenjahr 2024

### **Antragstext**

#### **Von blühenden Landschaften keine Spur**

Blühende Landschaften, Freiheit, Sicherheit - das waren die großen Versprechungen nach der Wende. Während Reisefreiheit, stärkere gesellschaftliche Freiheiten und freie Wahlen tatsächlich eingelöst wurden, zeigte sich schnell auch die andere Seite der Wende: Große staatliche Unternehmen wurden von der Treuhand zerschlagen und vier von fünf Ostdeutschen verloren nach der Wende ihre Jobs. Dort, wo Menschen neue Arbeit fanden, waren ihre neuen Chefs vor allem Investor\*innen aus Westdeutschland, die weder die Betriebe noch die Menschen kannten. Nach der Wiedervereinigung galt der Osten als Absatzmarkt für die Maximierung der Gewinne von Westfirmen. Auch heute noch werden viele Gewinne aus Wertschöpfung im Osten oft in den Westen oder ins Ausland abgezogen. Die Ausgestaltung des Systemwechsels der ehemaligen DDR in die BRD fand über die Köpfe der Menschen hinweg statt.

Während sich Macht- und Perspektivlosigkeit breit machten, hatten Neonazis leichtes Spiel, den Frust für ihre menschenverachtenden Ideologien zu nutzen. Bereits existierende Rechte Strukturen breiteten sich aus und wurden zum Nährboden für weiteren Hass.

Gastarbeiter\*innen und Asylsuchende wurden zur Projektionsfläche von Frust und Ausweglosigkeit und damit Opfer brutaler Gewaltexzesse. Diese Gewalt, sowie das migrantische Leben in Ostdeutschland, finden bis heute kaum Platz in der ostdeutschen Geschichtsaufarbeitungen.

In der Erinnerung an die DDR stehen die Unterdrückungsmechanismen des SED-Regimes, sowie die Überwindung derer durch die friedliche Revolution im Fokus. Ergänzend dazu braucht es ein breiteres Befassen mit Alltag und Widerstand in der DDR, sowie den Umbruchsprozessen nach 1989.

Mit der Wende wurde die DDR-Vergangenheit der Menschen kollektiv abgewertet, und bis heute kommt die Erinnerung an die DDR in der Schule und im öffentlichen Raum viel zu kurz.

### 32 **Der Frust einer ungleichen Wiedervereinigung bleibt bis heute**

33 Der ostdeutsche Durchschnittslohn ist immer noch deutlich niedriger, die  
34 Tarifverträge für die gleiche Arbeit ebenfalls. Vermögen und Erbschaften sind  
35 strukturell bedingt viel geringer als im Westen. Jobperspektiven, egal ob für  
36 jung oder alt: Mangelware. Die Landeshaushalte sind klein, die Kommunen werden  
37 weiter kaputtgespart. Der demografische Wandel trifft besonders die  
38 strukturschwachen Gegenden im Osten.

39 Rechte Parteien und Organisationen werden bereits seit Jahren immer stärker.  
40 Während viele Deutsche immer wieder auf "den Nazis im Osten" rumhacken, wird die  
41 politische Linke im Osten immer schwächer. Für uns als GRÜNE JUGEND ist zudem  
42 klar: Die allgemeine Abwertung der Menschen im Osten muss ein Ende haben. Nicht  
43 alle Menschen im Osten sind rechts - doch die sozialen und geschichtlichen  
44 Hintergründe machen sie besonders anfällig dafür. Die aktive Zivilgesellschaft  
45 ist immer noch sehr klein und da wo es sie gibt, arbeitet sie unter den  
46 widrigsten Umständen: Schlechte Finanzierung, weite Distanzen und vor allem  
47 immer stärkere Anfeindungen bis hin zur Gewalt von Rechts gehören für Linke in  
48 Ostdeutschland zum Alltag.

### 49 **Wir überlassen den Osten nicht den Rechten und kämpfen für einen Ost New Deal.**

### 50 **Gleiche Löhne für gleiche Arbeit**

51 Auch nach über 30 Jahren Deutscher Einheit ist die materielle Ungleichheit  
52 zwischen West und Ost enorm. Ein wesentlicher Faktor für diese Ungleichheit sind  
53 die bis heute fortbestehenden Lohnunterschiede. Diese Ungerechtigkeit trägt  
54 entscheidend dazu bei, dass Menschen in Ostdeutschland das Gefühl haben, ihre  
55 Leistung sei weniger wert. Ein wesentlicher Grund für die Lohnunterschiede ist  
56 die deutlich geringere Tarifbindung. Gerade deshalb haben Arbeitskämpfe eine  
57 zentrale Bedeutung für das gute Leben im Osten. Voraussetzung dafür ist, dass  
58 mehr Menschen im Osten in Gewerkschaften eintreten und selbst für gute  
59 Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und eine aktive Beteiligung in  
60 Strukturwandelprozessen kämpfen. Wir als GRÜNE JUGEND unterstützen deshalb die  
61 Gewerkschaften im Osten umso mehr auf dem Weg zu mehr Tarifbindungen und in den  
62 Arbeitskämpfen gegen die Ungleichheiten zwischen Ost und West.

### 63 **Raus aus der Kohle: Den klimaneutralen Umbau gemeinsam mit den Beschäftigten** 64 **gestalten**

65 Seit Jahren ist klar: Der Braunkohletagebau und die Kohleverstromung in den  
66 ostdeutschen Revieren haben keine Zukunft mehr. Ständig führen uns  
67 Extremwetterereignisse vor Augen, wie dringend wir die eskalierende Klimakrise  
68 stoppen müssen. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Branche  
69

70 selbst gehen inzwischen von einem marktgetriebenen Kohleausstieg deutlich vor  
71 2038 aus. Wer dennoch weiter auf Braunkohleförderung setzt, setzt auf  
72 Deindustrialisierung, soziale Krisen und riskiert unsere Zukunft. Doch unter  
73 welchen Bedingungen der Kohleausstieg stattfindet und wie Perspektiven für die  
74 Menschen und Regionen geschaffen werden können, liegt in unserer Hand. Wir  
75 wollen keinen Strukturwandel, der von Konzernen und ihren Profiterwartungen  
76 getrieben wird, sondern eine regionale Entwicklung, in der die Menschen in der  
77 Region und die Beschäftigten der Braunkohleindustrie selbst die Treiber\*innen  
der Veränderungsprozesse sind.

### 78 **Den Rahmen für einen gerechten Strukturwandel setzen**

79 Einen Strukturwandel im Sinne der Menschen kann es nur geben, wenn die  
80 Rahmenbedingungen für einen gerechten Wandel stimmen. Mit einer Statusgarantie  
81 könnte sichergestellt werden, dass alle Beschäftigten der fossilen Industrien  
82 neue Jobs mit vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten. Mit einer allgemeinen  
83 Jobgarantie könnten gut bezahlte Jobs in den Kommunen entstehen und so  
84 Vollbeschäftigung und Stabilisierung in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs  
85 erreicht werden. Status- und Jobgarantie können die notwendige Sicherheit  
86 bieten, um optimistisch auf den Wandel blicken zu können. Darüber hinaus braucht  
87 es mehr langfristige Aus- und Weiterbildungsangebote für die Menschen in den  
88 Transformationsbranchen. Nicht zuletzt müssen durch eine planende und  
89 vorausschauende Industriepolitik und durch eine Stärkung der Daseinsvorsorge  
90 viele neue gut bezahlte und mitbestimmte Jobs entstehen. Dabei muss klar sein:  
91 Wann immer der Staat Unternehmensrisiken abfedert oder sich selbst finanziell  
92 beteiligt, muss auch öffentlicher Wohlstand unter demokratischer Kontrolle  
93 entstehen.

### 94 **Ausbau der erneuerbaren Energien**

95 Damit der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung so schnell wie möglich  
96 passiert, ohne ganze Regionen zu deindustrialisieren, ist entscheidend, dass das  
97 Potenzial der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland vollumfänglich genutzt und  
98 der Ausbau schneller als bisher vorangetrieben wird. In Ostdeutschland gibt es  
99 viele Flächen, auf denen problemlos im Einklang zwischen Mensch und Natur  
100 erneuerbare Energien gebaut werden können. Wir wollen, dass der Ausstieg aus  
101 fossiler Energieerzeugung und der Einstieg in die Erneuerbaren zum Ausgangspunkt  
102 der Demokratisierung unserer Energieerzeugung wird: Wir finden: Unternehmen, die  
103 erneuerbare Energien produzieren, gehören in die Hände der Menschen vor Ort.

### 104 **Kohlekonzerne in die Verantwortung nehmen**

105 Kohlekonzerne, die durch massive Umweltzerstörung enorme Gewinne eingefahren  
106 haben, haben eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Wir finden deshalb:  
107 Die Ewigkeitslasten müssen von den Konzernen selbst getragen werden. Sie müssen

108 dafür sorgen, dass die Braunkohlefolgefleichen auch der Natur durch Renaturierung  
109 zurückgeföhrt werden. Die Transformation der ehemaligen Tagebaue hinzu einer  
110 neuen Nutzung muss an die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere der  
111 Wasserknappheit, angepasst werden. Es ist die Pflicht der Betreiber, Pläne für  
112 die Sanierung vorzulegen und diese auch umzusetzen und auszufinanzieren. Es  
113 dürfen keine Steuergelder als Entschädigungen an Braunkohleunternehmen fließen.

### 114 **Strukturwandel heißt auch: Das gute Leben vor Ort**

115 Junge Menschen ziehen weg, die Grundversorgung mit Ärzt\*innen,  
116 Lebensmittelgeschäften, Internet oder ÖPNV ist kaum gegeben oder im Rückbau. Wo  
117 kein Markt ist oder die klammen Kassen der Kommunen keine Spielräume lassen,  
118 werden die Daseinsvorsorge zurückgebaut und Menschen zurückgelassen - den  
119 ländlichen Raum trifft das besonders hart. Was es braucht, ist eine Politik, die  
120 die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Ostdeutschland endlich wieder in den  
121 Mittelpunkt stellt. Voraussetzung dafür ist, dass Länder und Kommunen finanziell  
122 stabiler aufgestellt werden und dass der Aufbau einer starken Daseinsvorsorge in  
123 öffentlicher Hand zur zentralen Säule in Strukturförderprogrammen wird.

### 124 **More passion more energy more footwork**

125 Ziel unserer Kampagnen zu den Landtags- und Kommunalwahlen 2024 im Osten ist,  
126 eine stärkere gesellschaftliche Linke in Ostdeutschland zu organisieren. Dafür  
127 wollen wir die reale Lebenssituation von jungen Menschen adressieren und  
128 langfristig neue Mitglieder für den Verband gewinnen.

129 Dafür heißt es im kommenden Jahr: Neue Wege gehen!  
130 Wir wollen uns stärker mit Gewerkschaften vor Ort zusammentun und sie mit der  
131 Klimabewegung an einen Tisch bringen. Dafür kann #WirFahrenZusammen ein guter  
132 Ausgangspunkt sein. Wir brauchen Aktionsformate, die im ländlichen Raum und mit  
133 wenig Mitgliedern funktionieren. Eine Kampagne lebt von der Sichtbarkeit ihrer  
134 Teilnehmer\*innen und von den vielen Gesprächen. Dafür braucht es im nächsten  
135 Jahr sowohl Sicherheitskonzepte als auch Ansprachetrainings.

### 136 **Nie ohne unser Team!**

137 Wir brauchen den gesamten Verband, um wirklich schlagkräftig zu sein. Mit einer  
138 guten Vorbereitung der Kampagne zur Europawahl wollen wir Aktionsformate  
139 entwickeln, die - thematisch angepasst - unkompliziert auch im Kommunalwahlkampf  
140 einsetzbar sind.

141 Wir wollen insbesondere die Ost-Landesverbände aktiv bei der Schulung ihrer  
142 Mitglieder zur Europakampagne unterstützen, da die in diesen Schulungen  
143 erworbene Skills auch für die folgenden Landtagswahlkampagnen von hoher  
144 Bedeutung sind. Eine große Kampagne kann am Ende des Tages nicht ohne viele  
145



146 Hände geschehen! Deshalb werden wir Wahlkampf Besuche in den entsprechenden  
Landesverbänden einplanen.

147 **Als GRÜNE JUGEND warten wir nicht auf die blühenden Landschaften, sondern**  
148 **erkämpfen sie selbst!**

## **P-1 Arbeitsprogramm 2024 - grenzenlos solidarisch!**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: P Arbeitsprogramm

### **Antragstext**

#### **Einleitung**

Das vergangene Verbandsjahr war geprägt von Konflikten - ob Lützerath, GEAS-Reform oder Schuldenbremse. Immer wieder sind wir als Grüne Jugend, als Teil der politischen und gesellschaftlichen Linken, in Opposition gegangen zur aktuellen Politik. Diese Konflikte waren nicht immer einfach, doch haben sie uns als Verband weiter zusammenwachsen lassen und unser Selbstverständnis als eigenständige Jugendorganisation gestärkt. Für wirkliche politische Veränderung, für eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen braucht es Druck von außen!

Dieses Jahr war auch eines der Weiterentwicklung unserer Analysen: wir haben unser internationalistisches Profil geschärft und unser Verständnis dafür, wie unsere politische Praxis mit Kämpfen über alle Landesgrenzen hinweg zusammenhängen kann.

Mit diesen Erfahrungen im Gepäck brechen wir auf in das Kampagnenjahr 2024, in dem wir die anstehenden Wahlkämpfe nutzen werden, weiter an einer starken Organisation und einer starken Linken zu arbeiten, die in der Lage ist, echte Verbesserungen zu erkämpfen!

#### **Bildungsarbeit**

Bildungsarbeit ist eine der zentralen Aufgaben der Grünen Jugend. Nur wenn wir die Verhältnisse um uns herum verstehen, können wir sie kritisieren und Wege zur Veränderung finden. Es ist unsere Aufgabe, allen Mitgliedern auf allen Ebenen und mit den verschiedensten Wissens- und Erfahrungsständen die Möglichkeit zu geben, sich weiterzubilden und die eigene Analyse weiter zu schärfen. Dafür wollen wir auch im kommenden Jahr viele Möglichkeiten bieten.

25 **Frühjahrskongress**

26 Der Frühjahrskongress ist unser zentraler Ort für die Bildungsarbeit im  
27 Verbandsjahr. Dort widmen wir uns den zentralen Fragen unserer Zeit und  
28 entwickeln eine gemeinsame Analyse des Status Quo - und wie es anders sein  
29 könnte. In der Vorbereitung auf die Europawahl wollen wir einen Schwerpunkt auf  
30 die Europäische Union und unser Verhältnis zu ihr setzen.: Woher kommt die EU  
31 eigentlich? Was wird uns durch die EU ermöglicht? Und welche Kritikpunkte haben  
32 wir aus einer linken Perspektive an ihr? Was sind Handlungsspielräume für uns?  
33 Wie wirken sich europäische Finanz-, Klima- und Migrationspolitik auf das Leben  
34 von uns allen aus? Und was hat eigentlich neoliberale Politik mit all dem zu  
35 tun?

36 Auch wird es wieder viele Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Kennenlernen  
37 geben. Darüber hinaus werden wir den kommenden Frühjahrskongress als gemeinsamen  
38 Auftakt für die heiße Phase unserer Kampagne zur Europakampagne nutzen.

39 **Sommerakademie**

40 Auf der Sommerakademie 2024 wollen wir Hürden für positive politische  
41 Veränderung in den Blick nehmen und uns Fragen, wie ein besseres Morgen aussehen  
42 kann. Vieles verändert sich, häufig jedoch nicht zum Besseren - warum ist das  
43 so? Wieso bedeutet ein Mehr an staatlichen Eingriffen nicht zwangsläufig ein  
44 Mehr an Gerechtigkeit, Freiheit und demokratischer Mitbestimmung? Wieso sind  
45 autoritäre Kräfte im Aufwind? Was hindert Menschen daran, die Verhältnisse zu  
46 erkennen, zu verstehen und zu verändern? Durch ein Verständnis davon wollen wir  
47 unsere Analysen als Verband schärfen, unsere Strategiefähigkeit erhöhen und  
48 gemeinsam Visionen entwickeln, wie es anders sein könnte!

49 **Mitgliedermagazin**

50 Das Mitgliedermagazin als fester Bestandteil unserer Bildungsstrategie wird im  
51 kommenden Jahr erneut zweimal erscheinen. Anknüpfend an die Kampagne zur  
52 Europawahl wird sich die erste Ausgabe mit den Kampagnenschwerpunkten  
53 auseinandersetzen und hier eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung damit  
54 bieten.

55 Die zweite Ausgabe beschäftigt sich ausgehend von der aktuellen politischen Lage  
56 im kommenden Jahr mit der Notwendigkeit zur Aufbau einer starken Linken, gerade  
57 in Zeiten des schwindenden Vertrauens in die Möglichkeit zur Veränderung und des  
58 Erstarkens rechter Kräfte.

59 Es sollen weiterhin Formate erarbeitet, erprobt und weitergeführt werden, wie  
60 die über:morgen als dezentrales Mittel der Bildungsarbeit in der gesamten Breite  
61 des Verbandes gelesen und diskutiert wird. Die über:morgen soll, sowohl physisch

62 als auch digital, noch weiter im Verband verankert werden.

## 63 **Bildungsarbeit und Landesverbände**

64 Im vergangenen Jahr haben wir als Verband beschlossen, dass Landesverbände in  
65 Zukunft vor allem die Grundlagenbildung für die Breite des Verbands stemmen  
66 werden - und das mit vollem Erfolg! Mit zahlreichen Workshops auf  
67 Landesmitgliederversammlungen, Seminarwochenenden und Bildungscamps zeigt der  
68 Verband, wie gute Grundlagenbildung im gesamten Verband aussehen kann. Hierbei  
69 wollen wir den nächsten Schritt gehen und insbesondere Landesvorstände und  
70 Bildungsteams auf Landesebene stärken, ausbilden und dazu befähigen, unsere  
71 gesamtverbandliche Bildungsstrategie weiter mit Leben zu füllen. Dabei werden  
72 insbesondere das Bildungsteam auf Bundesebene gemeinsam mit Trainer\*innen und  
73 Bundesvorstand tatkräftig unterstützen.

## 74 **Trainer\*innen**

75 Durch die Ausbildung von mehr als 30 neuen Trainer\*innen auf Bundesebene konnten  
76 wir als Verband große Schritte in der Professionalisierung unserer Bildungs- und  
77 Ausbildungsarbeit auf allen Ebenen gehen: Egal ob für methodische und  
78 inhaltliche Schulungen zur Kampagne, für Klausurmoderationen, für Workshops vor  
79 Ort oder Vermitteln von Grundlagen auf dem Frühjahrskongress. Zudem wollen wir  
80 die Trainer\*innen im Verband bekannter machen, um an allen Orten strategisch  
81 kluge und gut konzipierte Bildungsarbeit möglich zu machen - unabhängig von  
82 finanziellen Ressourcen der Kreis- und Landesverbände.

83 Für die Weiterbildung der Trainer\*innen wollen wir sowohl online als auch in  
84 Präsenz Formate anbieten - insbesondere um sie als methodische und inhaltliche  
85 Multiplikator\*innen für die Europakampagne zu befähigen, diese in die Breite des  
86 Verbandes zu tragen.

## 87 **Unsere politische Praxis**

88 Unsere politische Praxis ist ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit als Grüne  
89 Jugend.

90 Wir glauben, dass gesellschaftliche Veränderung dann geschieht, wenn sich viele  
91 Menschen zusammenschließen und der Protest von den unterschiedlichsten Menschen  
92 mitgetragen wird. Deswegen fokussieren wir uns darauf, nicht nur an Regierende  
93 zu appellieren oder die nächste Online-Petition aufzusetzen, sondern langfristig  
94 mehr Menschen zu politisieren und langfristig einzubinden.

95 Wie das aussehen kann, probieren wir für uns immer wieder neu aus.

96 Mit unserem Organizing Projekt haben wir wichtige Lehren daraus gezogen, was es

97 braucht, damit Grüne Jugend Kreisverbände vor Ort politische Konflikte gewinnen  
98 können und wo auch Hürden für konkrete Kämpfe vor Ort bestehen. Im nächsten Jahr  
99 wollen wir unsere Praxis auch anhand dieser Learnings weiterentwickeln und vor  
100 allem die anstehenden Kampagnen dafür nutzen, viele neue Menschen für die Grüne  
101 Jugend zu begeistern, sie einzubinden und ihnen einen Ort zu ermöglichen, an dem  
102 sie konkret für politische Veränderungen vor Ort kämpfen können.

### 103 **Unser Hauptziel: Mehr werden!**

104 Politische Veränderung funktioniert vor allem dann, wenn wir viele sind. Es  
105 macht einen Unterschied, ob eine Klimademo an 5, 10, 50 oder 100 Orten  
106 stattfindet und ob sich gegen die nächsten Haushaltskürzungen 500 oder 500.000  
107 Menschen zusammenschließen. Deswegen ist unser Hauptziel, als Grüne Jugend neue  
108 Mitglieder zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass unsere bestehenden Mitglieder  
109 noch aktiver werden. Im nächsten Jahr bieten sich viele Chancen dafür, eine neue  
110 Generation junger Menschen dafür zu begeistern, ihre Zukunft selbst in die Hand  
111 zu nehmen und politisch aktiv zu werden!

### 112 **Unsere Europakampagne**

113 2024 steht die Europawahl an. In Zeiten von multiplen Krisen, die ohne  
114 tiefgreifende politische Veränderung weder national noch international gelöst  
115 werden, kann unsere Einstellung zu einer Europäischen Union, die neoliberale  
116 Prinzipien institutionalisiert hat, niemals unkritisch sein. Deshalb wollen wir  
117 mit unserer Kampagne klar machen: Für ein gerechtes Europa muss sich viel ändern  
118 - und es beginnt bei uns vor Ort! Seit der letzten Europawahl 2019 hat sich für  
119 die Grüne Jugend einiges verändert. Wir haben unsere Mitgliederzahlen  
120 verdoppelt. Wir haben uns vor Ort verankert und haben nicht trotz, sondern  
121 gerade aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen einen starken Schwerpunkt  
122 auf Bewegungs- und Basisarbeit gelegt. Wir sind stärker geworden und wollen  
123 diese Kraft im nächsten Jahr für unsere Kampagne nutzen, um für ein anderes  
124 Europa einzustehen!

125 Eine Kampagne funktioniert nur, wenn alle zusammenarbeiten und an einem Strang  
126 ziehen, aber uns gleichzeitig unserer unterschiedlichen Aufgaben bewusst sind.  
127 Die Kampagne findet vor allem vor Ort statt. Dort können wir junge Menschen  
128 ansprechen und direkt dort abholen, wo sie gerade stehen. Gleichzeitig schaffen  
129 wir es durch eine einheitliche Kampagne im ganzen Bundesgebiet auch, mehr  
130 Aufmerksamkeit für unsere Themen und Forderungen zu generieren. Landesverbände  
131 unterstützen dabei die Kreisverbände bei der Umsetzung der Kampagne vor Ort. Das  
132 Kampagnenteam gestaltet die Kampagne aus und unterstützt die Landesvorstände bei  
133 dem Zuschnitt auf ihren Verband. Die Trainer\*innen helfen bei der methodischen  
134 und inhaltlichen Ausbildung.

135 Anfang des kommenden Jahres machen wir uns fit für die Kampagne. Wir nutzen die  
136 Kreisverbands-Landesverbands-Treffen, die Landesmitgliederversammlungen und  
137 Workshops in den Kreisverbänden, um uns sowohl inhaltlich als auch methodisch  
138 fit zu machen! Mit unserem Frühjahrskongress mit dem Themenschwerpunkt Europa  
139 starten wir dann gemeinsam in die letzten sechs Wochen der Kampagne.

140 Im Rahmen der Kampagne zur Europawahl werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit  
141 auf allen Ebenen weiter professionalisieren. So können methodische Schulungen  
142 dabei helfen, die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Verband zu verbessern, um so  
143 noch mehr Menschen zu erreichen und zu begeistern. Hierbei werden den  
144 Sprecher\*innen der jeweiligen Ebene als Gesichter der Kampagne eine besondere  
145 Rolle zukommen, auf die sie im Rahmen von Schulungen z.B. bei Bundesvorstands-  
146 Landesvorstands und Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffen vorbereitet werden.  
147 Das neue Corporate Design, das nach der Kampagne als gesamtverbandliches  
148 Corporate Design weitergenutzt werden soll, sorgt hierbei für einen hohen  
149 Wiedererkennungswert. Damit es schnell von allen genutzt werden kann, wird es  
150 dazu eine Vielzahl an Schulungsangeboten geben.

## 151 **Weitere Wahlen**

152 Im Frühjahr finden in neun Bundesländern Kommunalwahlen gleichzeitig zur  
153 Europawahl statt. Gemeinsam mit den jeweiligen Landesverbänden und dem  
154 Kampagnenteam werden wir Wege entwickeln, wie sich Kampagnen sinnvoll verbinden  
155 lassen und dabei nicht die spezifischen Themen der einzelnen Länder, Landkreise  
156 und Städte verloren gehen.

157 Im Herbst finden in Sachsen, Thüringen und Brandenburg außerdem Landtagswahlen  
158 statt. Diese Wahlen gehen uns alle etwas an! Umfragen zeigen auch jetzt schon,  
159 dass die rechtsextreme AfD massive Gewinne verzeichnen wird. Umso wichtiger ist  
160 es, jungen Menschen ein Angebot zu machen, sich für eine solidarische  
161 Gesellschaft einzusetzen und gemeinsam mit uns dem Rechtsruck etwas entgegensetzen  
162 zu können.

163 Als gesamter Verband unterstützen wir daher die Landesverbände Sachsen,  
164 Thüringen und Brandenburg in ihren kommenden Wahlkämpfen. Besonders der  
165 Bundesvorstand und das Kampagnenteam werden im intensiven Austausch mit den  
166 jeweiligen Landesvorständen sein, um Unterstützungsbedarfe zu ermitteln und  
167 gemeinsam viele erfolgreiche Kampagnen auf die Beine zu stellen.

168 Nach der Wahl ist vor der Wahl! Deshalb werden wir beim 1. Länderrat 2024 im  
169 Sommer das Kampagnenteam für die Bundestagswahl 2025 einsetzen, um möglichst  
170 früh in die Planung für diesen so relevanten Kampagnenzeitraum starten zu  
171 können. Das Kampagnenteam soll hierbei aus den Erfahrungen aus der  
172 Europakampagne lernen und sich dafür mit dem aktuellen Kampagnenteam eng dazu  
173 austauschen.

174 **Aktionstage**

175 Mit Aktionstagen haben wir als Verband die Möglichkeit, einen Fokus auf  
176 bestimmte Themen zu lenken. Das wollen wir auch nächstes Jahr wieder nutzen: Mit  
177 wenigen, dafür größeren Aktionstagen wollen wir uns auf relevante Konflikte  
178 konzentrieren.

179 Wie in den letzten Jahren auch, wollen wir auch dieses Jahr wieder einen  
180 Aktionstag zum 8. März gemeinsam mit unseren langjährigen Bündnispartner\*innen  
181 auf die Beine stellen und diesen Tag nutzen, um auf feministische Themen  
182 aufmerksam zu machen.

183 Zudem planen wir im Rahmen der Pride-Saison eine größere Kampagne, um als  
184 gesamter Verband unseren Kampf für queere Rechte sichtbar zu machen.

185 **Diesen Winter fahren wir zusammen!**

186 Anfang 2024 stehen die Tarifverhandlungen im Nahverkehr an. Der öffentliche  
187 Nahverkehr ist massiv unterfinanziert. Das wirkt sich sowohl negativ auf die  
188 Arbeitsbedingungen der Menschen als auch auf das Angebot für Fahrgäste aus.  
189 Gemeinsam mit ver.di und der Klimabewegung wollen wir die Tarifrunde nutzen, um  
190 Druck für massive Investitionen zu machen - für bessere Arbeitsbedingungen und  
191 eine Mega-Offensive für Bus und Bahn. So geht Klimaschutz, der breite Mehrheiten  
192 hinter sich versammelt. Als Grüne Jugend unterstützen wir auf allen Ebenen  
193 #WirFahrenZusammen. Wir beteiligen uns an der alltäglichen Arbeit in den WFZ-  
194 Ortsgruppen und nutzen gleichzeitig unser politisches Gewicht, um Aufmerksamkeit  
195 auf das Thema zu lenken.

196 **Bündnisarbeit**

197 Bündnisarbeit findet vor allem vor Ort statt. Im nächsten Jahr wollen wir uns  
198 weiterhin vor allem an Bündnissen beteiligen, die an der Schnittstelle zwischen  
199 Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit kämpfen. Unsere engsten Verbündeten sind  
200 dabei die Klimabewegung sowie die junge Gewerkschaftsbewegung. Wir als GRÜNE  
201 JUGEND wollen uns weiterhin aktiv dafür einbringen, Gemeinsamkeiten auszuloten  
202 und gemeinsame Projekte zu finden und umzusetzen.

203 Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr unsere Zusammenarbeit mit vielen  
204 migrantischen Organisationen ausgebaut, beispielsweise im Rahmen der Proteste im  
205 Iran. Hieran wollen wir auch zukünftig anknüpfen.

206 In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2025 wollen wir mit unseren  
207 Bündnispartner\*innen ausloten, wo Schwerpunkte und Handlungsfelder für eine  
208 breite Kampagne von vielen verschiedenen Akteur\*innen der politischen Linken  
209 liegen müssen, damit wir alle zusammen für echte Veränderung einstehen können.

210 **Internationales**

211 Wir wollen das kommende Jahr dafür nutzen, die Vernetzung mit unseren Partner-  
212 und Dachorganisationen, wie FYEG, EGP, CDN & GYG, zu verstetigen und in  
213 Zusammenarbeit mit dem Kampagnenteam herausarbeiten, wie wir im Rahmen der  
214 Europawahl strategisch zusammenarbeiten können.

215 Eine Frage, mit der sich das Team Internationales explizit nach der  
216 Europakampagne auseinandersetzen wird, ist die internationalistische Vernetzung  
217 für Landes- und Kreisverbände. Dafür soll das European Matches Programm  
218 weiterentwickelt werden, um eine Vernetzung mit Bewegungen, Gewerkschaften und  
219 nicht-parteilichen Organisationen voranzutreiben, die ähnliche Ziele wie wir  
220 verfolgen.

221 In Vorbereitung auf die Europakampagne planen wir außerdem eine Bildungsreise  
222 nach Griechenland.

223 **Social Media**

224 Wir wollen unseren digitalen Auftritt weiter ausbauen und haben auf Bundesebene  
225 mit einer weiteren hauptamtlichen Stelle für den öffentlichen Auftritt neue  
226 Unterstützung gewonnen.

227  
228 Durch den Zuwachs an hauptamtlichen Strukturen in der Bundesgeschäftsstelle, die  
229 sich künftig gemeinsam mit dem Bundesvorstand um die Contenterstellung für  
230 Instagram und Twitter kümmern werden, werden wir das Aufgabenfeldes des Social  
231 Media Teams verändern. Zukunft soll ein verkleinertes Team ein größeres  
232 Augenmerk auf die kreative Ausgestaltung von TikTok legen. Auf dieser Plattform  
233 haben wir hohes Potenzial, neue, vor allem sehr junge, Menschen zu erreichen und  
234 schöpfen dieses aktuell noch nicht voll aus. Dafür wollen wir feste Formate  
235 etablieren, welchen unseren Wiedererkennungswert steigern. Neue, lustige Ideen  
236 sollen verstärkt umgesetzt werden. Durch die Zusammenarbeit mit der  
237 Hauptamtlichen Stelle soll hier eine höhere Produktionsqualität gesichert  
238 werden.

239 **Verbandsarbeit**

240 **Länderrat**

241 Der Länderrat hat verschiedene Aufgaben: Es werden inhaltliche Anträge beraten,  
242 es ist ein Ort für Vernetzung und des Austauschs. Hier wollen wir auch in  
243 Zukunft verschiedene Debattenformate erproben, von gemeinsamen  
244 Thesendiskussionen in Kleingruppen bis hin zu längeren Antragsaussprachen.



245 **Strukturförderung**

246 Strukturförderung ist mittlerweile ein selbstverständlicher Teil der Arbeit der  
247 GRÜNEN JUGEND. Nur wenn alle Landesverbände die Ressourcen und das Know-How  
248 haben, strategische und professionelle Arbeit zu leisten, kommen wir als Verband  
249 weiter. Der durch Pat\*innen-Spenden finanzierte Strukturfördertopf soll dieses  
250 Jahr für unterschiedliche Projekte genutzt werden: Wie auch in den letzten  
251 Jahren wollen wir die Ostlandesverbände bei ihrer überregionalen Vernetzung  
252 unterstützen und finanzieren den Mitte-Ost-Kongress mit - gerade in Zeiten von  
253 Landtagswahlen ist der Austausch zwischen den betroffenen Landesverbänden  
254 wertvoll. Zudem wollen wir ein Förderwochenende für Frauen, inter, trans und  
255 nicht-binäre Personen finanziell und personell unterstützen. Das  
256 Förderwochenende wird vom Landesverband Sachsen-Anhalt ausgetragen, soll aber  
257 auch für Mitglieder aus anderen Landesverbänden geöffnet werden. Als letztes  
258 Projekt wollen wir natürlich die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und  
259 Brandenburg unterstützen. Genaue Bedarfe werden wir in Absprache mit den  
260 jeweiligen Landesverbänden ermitteln und darauf achten, dass alle drei  
261 Landesverbände gleich profitieren.

262 Darüber hinaus wollen wir, gerade im Hinblick auf viele Kommunal- und die  
263 bereits angesprochenen Landtagswahlen in den Ostbundesländern im stetigen  
264 Austausch bleiben und unterstützen, wo wir können. Dazu gehören beispielsweise  
265 die intensive Betreuung der jeweiligen Landesverbände von Seiten der  
266 Bundesebene, aber auch die Anpassung der Europakampagne auf spezielle  
267 Gegebenheiten vor Ort.

268 **Bund-Länder-Vernetzung**

269 Der enge Austausch von Bund und Ländern soll weiter fortgeführt und ausgebaut  
270 werden. Sowohl der ämterbezogene Austausch, eine enge Betreuung von  
271 Landesvorständen sowie insbesondere die regelmäßigen Bundesvorstands-  
272 Landesvorstands-Treffen sorgen dafür, dass der gemeinsame strategische Austausch  
273 sowie Verantwortungsübernahme für Fragen der Verbandsentwicklung immer enger  
274 zusammen gestaltet und gelebt werden. Auch ermöglichen diese Formate eine  
275 methodische und inhaltliche Aus- und Weiterbildung, von denen alle Ebenen im  
276 Verband profitieren.

277 **30 Jahre Grüne Jugend! Zeit für ein neues Selbstverständnis**

278 Im kommenden Jahr feiert die Grüne Jugend 30-jähriges Jubiläum! Diesen Anlass  
279 wollen wir nutzen, um uns als Verband zu zelebrieren. Der Frühjahrskongress und  
280 auch das Mitgliedermagazin können Orte sein, als Verband einen Rückblick auf die  
281 vergangenen 30 Jahre zu werfen.

282 Um als Verband weiter zusammenzuwachsen und die gemeinsame Verbandsidentität zu  
283 stärken, wollen wir ein Pilotprojekt zur Vernetzung von Kreisverbänden aus  
284 unterschiedlichen Landesverbänden starten. Dadurch sollen Kreisverbände von der  
285 Erfahrung eines jeweils anderen Kreisverbandes lernen, sich dazu austauschen und  
286 sich im Rahmen der Europakampagne gegenseitig besuchen.

287 Wir wollen nicht nur auf die vergangenen 30 Jahre, sondern auch nach vorne  
288 schauen: Dafür wollen wir einen bundesweiten Prozess starten, unser mittlerweile  
289 mehr als 13 Jahre altes Selbstverständnis als Grüne Jugend neu zu formulieren!  
290 Ziel ist es, ein Selbstverständnis zu erarbeiten, welches kurz und präzise  
291 unsere zentralen politischen Anliegen und die Art, wie wir als linker  
292 Jugendverband Politik machen wollen, festhält.

## 293 **Debattenorte**

294 Mit der Erweiterung des Arbeitsbereichs Debattenorte geht es nach der  
295 umfangreichen Analyse in diesem Jahr vor allem um das Transparentmachen der  
296 Ergebnisse, das Entwickeln, Umsetzen und Ausprobieren von bestehenden und neuen  
297 Debattenorten im Verband!

298 Als neues, überregionales Debattenformat wollen wir im kommenden Jahr  
299 Regionalforen ausprobieren - in diesen Foren sollen Mitglieder aus mehreren  
300 Landesverbänden zusammenkommen und sich über aktuelle Themen des Verbands  
301 weiterbilden und austauschen. Bei den Regionalforen werden wir uns der Nachlese  
302 der Europakampagne widmen, Fragen der Verbandsentwicklung diskutieren und über  
303 ein neues Selbstverständnis für die Grüne Jugend beraten. Schwerpunkt liegt auf  
304 der offenen und vielfältigen Debatte in der breiten Basis des Verbands, damit  
305 mehr Menschen in Prozesse eingebunden werden und an strategischen Entscheidungen  
306 der Bundesebene teilhaben können.

307 Der Prozess hat in diesem Jahr erneut gezeigt, dass der Bundeskongress in seiner  
308 jetzigen Form nicht zukunftsfähig ist. Viele Mitglieder haben nicht das Gefühl,  
309 sich im Rahmen der Mitgliederversammlung angemessen in Debatten einbringen zu  
310 können und sich wohl und sicher zu fühlen. Insbesondere die Barrierearmut kann  
311 nicht in dem Rahmen gewährleistet werden, wie es unser Anspruch als Grüne Jugend  
312 ist. Gleichzeitig ist es aufgrund der Größe der Veranstaltung immer schwieriger,  
313 adäquate Räumlichkeiten zu finden und Sicherheitsstandards einzuhalten.

314 Der Arbeitsbereich Debattenorte wird damit beauftragt, sich ausgehend von den  
315 Ergebnissen der Verbandsanalyse im kommenden Jahr mit konkreten Konzepten zur  
316 Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses auseinanderzusetzen.  
317 Aufgrund der finanziellen und organisatorischen Belastung werden im Rahmen  
318 dessen verschiedene Lösungen geprüft, unter anderem auch die Möglichkeit eines  
319 Delegiertensystems. . Diese Prüfung findet ergebnisoffen statt. Der  
320 Arbeitsbereich berichtet, wann er woran arbeiten möchte und berichtet regelmäßig

321 über seine Arbeit und nächste geplante Schritte, um den Prozess transparent zu  
322 machen und die Teilhabe des gesamten Verbands zu ermöglichen. Dabei ist für ihn  
323 die Sicherung der basisdemokratischen Grundprinzipien der Grünen Jugend und die  
324 Teilhabe des gesamten Verbands an den wichtigsten Entscheidungen das oberste  
325 Gebot. Insbesondere soll sich der Arbeitsbereich Debattenorte der Sicherstellung  
326 der Beteiligung sehr junger Menschen am Bundeskongress, der  
327 Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und der Berücksichtigung der  
328 strukturschwachen Gebiete widmen. Die Durchführbarkeit verschiedener Konzepte  
329 wird gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle bewertet und den  
330 Mitgliedern detailliert dargelegt. Dafür relevante Datengrundlagen werden im  
331 Rahmen des Datenschutzes transparent und nachvollziehbar offengelegt.

332 Im Vorfeld zum Bundeskongress laufen verbandsweite Debatten, beispielsweise im  
333 Rahmen von Vorprogrammen, noch nicht optimal. Deswegen soll der Arbeitsbereich  
334 Debattenorte Wege erproben, wie schon im Vorlauf zum Bundeskongress spezifische  
335 Themen und Verbandsstrategien besser gemeinsam debattiert werden können. Der  
336 Fokus soll dabei auf der Kreisverbandsebene liegen und Mitglieder dazu  
337 ermächtigen, sich in die Positionsfindung des Verbandes einzubringen.

338 Die Verbandsumfrage hat gezeigt, dass Fachforen von der Breite des Verbandes  
339 nicht als ansprechender Debattenort wahrgenommen werden. Der Arbeitsbereich  
340 Debattenorte wird hierzu mit den Aktiven in den Fachforen weiterhin im Austausch  
341 sein, um zu diskutieren, welche Rolle Fachforen im Verband einnehmen können und  
342 in welchem Rahmen fachpolitische Debatten am besten aufgehoben sind.

343 Der Arbeitsbereich Debattenorte hat als weiteres Handlungsfeld die Kommunikation  
344 und Transparenz zwischen den Ebenen identifiziert. Deswegen soll er sich 2024  
345 der Frage widmen, wie unsere verbandsinterne Kommunikation so gestaltet sein  
346 kann, dass alle rechtzeitig über wichtige Entwicklungen informiert sind und  
347 Gelegenheit haben, sich in Prozesse stärker einzubringen. Mit Bundesvorstand,  
348 Landesvorständen und Kreisvorständen soll er in den Austausch über das  
349 Optimierungspotential bisheriger Kommunikationswege gehen und gegebenenfalls  
350 neue vorschlagen.

351 Auf allen Ebenen des Verbandes wird debattiert und Demokratie gelebt. Deswegen  
352 wird sich der Arbeitsbereich Debattenorte im kommenden Jahr mit den  
353 Landesvorständen über ihre Debattenorte auf Landesebene und deren  
354 Optimierungspotenzial austauschen.

355 Der Debattenortprozess soll weiterhin in jeder Phase Mitgliedern die  
356 Möglichkeit geben, sich einzubringen und Feedback und Ideen in den Prozess  
357 einzuspeisen. Dafür informiert der Arbeitsbereich regelmäßig, transparent und  
358 nachvollziehbar über den aktuellen Stand des Prozesses und nächste Schritte,  
359 beispielsweise bei Veranstaltungen und digital.

## 360 **Frauenförderung und Geschlechterstrategie**

361 Im Bereich Frauenförderung und Geschlechterstrategie sind wir letztes Jahr große  
362 Schritte gegangen. Ob umfängliche Verbandsbefragungen, ein neues Handbuch zur  
363 Umsetzung unserer Geschlechterstrategie oder dem ersten Förderwochenende für  
364 inter, trans und nicht-binäre Personen: An diese Arbeit wollen wir auch im  
365 kommenden Jahr anknüpfen.

366 Nachdem unser erstes Förderwochenende für inter, trans und nicht-binäre Personen  
367 ein großer Erfolg war, wollen wir dieses Angebot verstetigen und auch 2024 ein  
368 solches Wochenende anbieten.

369 Die Verantwortlichen für Frauenförderung und Geschlechterstrategie auf  
370 Landesebene sind weiterhin die zentrale Schnittstelle zwischen Bundesebene und  
371 Kreisverbänden, wenn es um die Förderung und Vernetzung von Frauen, inter, trans  
372 und nicht-binären Personen geht. Die Verantwortlichen wollen wir von Anfang gut  
373 begleiten, und Schulungen für sie anbieten, um sie dazu in die Lage zu  
374 versetzen, Verantwortliche auf Kreisebene weiterzubilden.

375 Das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie soll sich dieses Jahr vor  
376 allem auf die Unterstützung der Landesebenen zur Etablierung verschiedener  
377 Fördermaßnahmen konzentrieren, beispielsweise durch die Unterstützung bei der  
378 Planung von eigenen Förderangeboten oder der Ausbildung von Verantwortlichen auf  
379 Kreisebene. Ziel ist es, dass an möglichst vielen Orten qualitativ hochwertige  
380 Förderangebote für unterschiedliche Zielgruppen entstehen, um so möglichst  
381 vielen Menschen eine Beteiligung an diesen Formaten zu ermöglichen.

382 Zusätzlich dazu planen wir 2024 eine Kampagne zu queeren Rechten im Rahmen der  
383 Pride-Saison.

## 384 **Antirassistische Strategien**

385 Im vergangenen Jahr konnte der Arbeitsbereich Antirassistische Strategien  
386 nahtlos an den Entwicklungen der letzten Jahre anknüpfen und sich dabei vor  
387 allem auf Umsetzung und Erprobung unserer beschlossenen Antirassistischen  
388 Strategie fokussieren. Auch im nächsten Jahr möchten wir weitere Schritte in  
389 diese Richtung unternehmen und darauf hinarbeiten, dass wir als Verband überall  
390 unsere Strategie umsetzen.

391 Wir werden das Austauschformat zwischen Bundes- und Landesebene ausweiten, indem  
392 wir die einzelnen Landesverbände in ihren Planungen und Bestrebungen zu  
393 Antirassistischen Strategien eng betreuen und beraten. Hierfür werden wir eine  
394 Übersicht aller Planungen für das Jahr 2024 vornehmen und dort beraten, wo es  
395 sinnvoll und notwendig ist. Hiermit möchten wir Landesverbände auf ihrem Weg  
396 einer eigenständigen Umsetzung der Strategie unterstützen.

397 Ein großer Erfolg bleiben Vernetzungsangebote wie das Förderwochenende, die sich  
398 großer Beliebtheit erfreuen. Diese möchten wir im nächsten Jahr weiterführen.

399 Neben den Vernetzungstreffen auf unseren großen Kongressen, möchten wir ein

400 weiteres Förderwochenende für migrantisierte Mitglieder anbieten. Da wir merken,  
401 dass die Nachfrage nach solchen Formaten sehr hoch ist, die Kapazitäten auf der  
402 Bundesebene allerdings grenzen haben, wollen wir zusätzlich ein neues Format von  
403 regionalen Vernetzungstreffen erproben. Hierfür möchten wir im ersten Schritt  
404 mit mehreren Landesverbänden Vernetzungstreffen konzipieren und planen, die  
405 danach von ihnen organisatorisch umgesetzt werden.

406 Den 2023 vom Arbeitsbereich konzipierten Workshop zu „solidarischem  
407 Antirassismus“ möchten wir im nächsten Jahr im Verband ausrollen und etablieren,  
408 um Debatten über Analyse und Verbandspraxis überallhin zu bringen. Bearbeiten  
409 soll diese Themen weiterhin der Bundesvorstand zusammen mit dem Arbeitsbereich  
410 Antirassistische Strategien.

## 411 **Inklusion**

412 Wir wollen jedem Mitglied eine bestmögliche Teilhabe im Verband ermöglichen. Wir  
413 werden weiterhin an der Barrierearmut, insbesondere bei Veranstaltungen,  
414 arbeiten. Dabei gehen wir auf vielfältige Bedarfe ein, egal welche Behinderungen  
415 oder chronische Erkrankungen Menschen mitbringen. Dazu gehört auch, die  
416 Möglichkeiten zur Unterstützung transparent und leicht zugänglich zu machen und  
417 Hürden abzubauen, auch bei Formularen und Informationen zu Veranstaltungen. Um  
418 diesem Anspruch gerecht zu werden, wollen wir den Austausch mit Betroffenen  
419 weiterführen. Weiterhin wollen wir sie beispielsweise bei Vernetzungsangeboten  
420 im Rahmen von Kongressen verstärkt einbinden. Wir wollen erproben, unsere  
421 Grundlagenworkshops auf dem Frühjahrskongress in verschiedenen Lernniveaus  
422 auszugestalten, um eine einfacher zugängliche Variante mit mehr Pausen  
423 anzubieten.

424 Im Rahmen des Prozesses zur Neugestaltung unserer Debattenorte haben wir sowohl  
425 in der Verbandsumfrage als auch im direkten Austausch die Bedarfe und auch  
426 Problemstellungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen  
427 erfragt und wollen dies auch weiterführen, um ihre wichtigen Erfahrungen in  
428 Weiterentwicklungsprozesse mit einfließen zu lassen.

## 429 **Finanzen**

430 Durch die Erhöhung der staatlichen Förderung für Jugendparteien sowie der  
431 Anpassung der Mitgliedsbeiträge konnte sich die finanzielle Situation des  
432 Bundesverbandes in den letzten Jahren stabilisieren, jedoch gefährdet die  
433 Schuldenbremse und die damit verbundenen Kürzungen dieses Fundament. Zusätzlich  
434 dazu sind massiv gestiegene Preise, insbesondere bei Veranstaltungsorten,  
435 Unterkünften und Verpflegung, für uns als Verband deutlich spürbar.

436 Wir müssen aktuell mit der Ungewissheit umgehen, wie sich die öffentliche

437 Förderung entwickelt, da diese, wie viele weitere Bereiche der Kinder- und  
438 Jugendarbeit und der politischen Bildung, ins Zentrum von Sparmaßnahmen gerückt  
439 sind.

440 Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Finanzmittel, beispielsweise  
441 über Spenden, zu erhöhen: Wahlkampfzeiten lassen sich sehr gut für Fundraising  
442 nutzen, aber auch darüber hinaus brauchen wir eine stabile, finanzielle Basis.  
443 Deshalb wollen wir 2024 dazu nutzen, unser Pat\*innenprogramm, von dem sowohl die  
444 Bundes- als auch die Landesebene profitieren, zu aktualisieren und aktiv daran  
445 arbeiten, gemeinsam unsere Mittel zu erhöhen. Bundes- und Landesvorstände werden  
446 sich hiermit im kommenden Jahr vertieft auseinandersetzen. Der Bundesverband  
447 steht weiterhin beratend und unterstützend zur Seite, beispielsweise wenn es um  
448 Finanzverhandlungen oder Wahlkampfbudgets geht.

449 Die Finanzen des Bundesverbands müssen krisenfest gestaltet werden. Dafür müssen  
450 Ausgaben besser kalkulierbar sein: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden,  
451 wie Controlling besser sichergestellt werden kann und gleichzeitig müssen  
452 unberechenbare Kosten auf ein Minimum reduziert werden. Dies betrifft vor allem  
453 Großveranstaltungen, insbesondere den Bundeskongress, der jedes Jahr spürbar  
454 teurer und schwieriger zu kalkulieren wird.

## **F-1 Nachtragshaushalt 2023**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

1 Den vom Länderrat im Juli 2023 bereits vorläufig eingesetzten Nachtragshaushalt  
2 für 2023 findet ihr unter folgendem Link in der Mitgliedercloud:

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/AsD6XD3foAsSgDc>  
4

5 Der Nachtragshaushalt muss von der Bundesmitgliederversammlung bestätigt werden.

## **F-2 Haushalt 2024**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 27.10.2023  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

1 Der geplante Haushalt für 2024 inclusive Erklärungen findet ihr unter folgendem  
2 Link in der Mitgliedercloud:

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/YgywWZofzfF9mkt>

4 Der Bundesfinanzausschuss empfiehlt der Bundesmitgliederversammlung den  
5 Beschluss des Haushalts in der vorgelegten Form.



## **F-3 Jahresabschluss 2022**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

1 Den Jahresabschluss für das Jahr 2022 findet ihr inclusive Erklärungen unter  
2 folgendem Link in der Mitgliedercloud:

3

4 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/48aT4p68B2daGNC>

## **RP-1 Rechnungsprüfungsbericht 2022**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

### **Antragstext**

1 Den Rechnungsprüfungsbericht für das Jahr 2022 findet ihr unter folgendem Link  
2 in der Mitgliedercloud:

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/eRJry8ntPpTZaY7>

4

5 Die Rechnungsprüfung empfiehlt die finanzielle Entlastung des Bundesvorstands  
6 für das Jahr 2022.

## V-2 Queer Fights United!

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### Antragstext

1 Queeres Leben in Deutschland ist noch lange nicht so unbeschwert möglich, wie  
2 wir es uns wünschen würden. Ob Angriffe auf Christopher-Street-Days, in der U-  
3 Bahn oder im privaten Raum: Dass die Gewalt gegen queere Menschen in den letzten  
4 Jahren zugenommen hat, ist nicht nur ein Bauchgefühl, sondern lässt sich auch  
5 statistisch nachweisen.

6 Gleichzeitig sehen wir nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt,  
7 dass queere Rechte unter Beschuss stehen. In den USA wird in einigen  
8 Bundesstaaten das Recht von trans Personen auf geschlechtsangleichende Maßnahmen  
9 massiv eingeschränkt, das „don't say gay“-Gesetz in Florida verbietet es, an  
10 öffentlichen Schulen über queere Themen zu unterrichten und in Italien sollen  
11 lesbische Mütter nachträglich aus der Geburtsurkunde ihrer Kinder gestrichen  
12 werden.

13 Rechte versuchen längst nicht mehr zu polarisieren, indem sie sich nur über  
14 gendergerechte Sprache aufregen. Ihr Kulturkampf gegen queere Menschen geht  
15 mittlerweile mit einer realen Gefahr für Leib und Leben einher. Das können wir  
16 nicht einfach stumm hinnehmen! Unsere Antwort darauf muss bedingungslose  
17 Solidarität und eine Politik sein, die das Leben von queeren Menschen real  
18 verbessert.

19 Momentan äußern sich queere Kämpfe in Deutschland so zugespitzt wie selten zuvor  
20 in der Debatte rund um das Selbstbestimmungsgesetz. Während transfeindliche  
21 Aktivist\*innen dieses Gesetzesvorhaben dafür nutzen wollen, trans Menschen ihre  
22 Grundrechte abzusprechen, ist für uns klar: trans Rechte sind Menschenrechte!  
23 Ein echtes Selbstbestimmungsgesetz ist dringend notwendig!

24 Nach der Ankündigung des Vorhabens hat sich die Bundesregierung erst Ende August  
25 auf ein Gesetz einigen können. Als GRÜNE JUGEND begrüßen wir diesen ersten  
26 Schritt, unsere Kritik ist aber deutlich:

- 27 1. Das Selbstbestimmungsgesetz muss möglichst bald eingesetzt werden und  
28 gültig sein. Es reicht nicht, dass das Gesetz erst ein Jahr nach Beschluss  
29 in Kraft tritt. Tausende trans Menschen warten seit Jahren auf dieses

30 Gesetz! Den Namen und den Geschlechtseintrag ändern zu lassen ist kein  
31 Nice-To-Have, sondern ein Grundrecht.

32 2. Selbstbestimmung darf nicht erst mit 18 möglich sein! Gerade minderjährige  
33 trans Personen müssen ihre Identität teilweise jahrelang vor den eigenen  
34 Eltern verstecken. Deshalb müssen die Regelungen im  
35 Selbstbestimmungsgesetz auch ab 14 und nicht erst ab 18 gelten.

36 3. Queere Rechte sind kein Fall für Polizei und Verfassungsschutz! Dass Daten  
37 an Sicherheitsbehörden weitergegeben werden sollen, halten wir für  
38 gefährlich, unnötig und lehnen dies deshalb ab!

39 4. Selbstbestimmung muss immer gelten! Wir lehnen jegliche Ausnahmeregelungen  
40 ab, welche die Selbstbestimmung einschränken oder generell in Frage  
41 stellen.

42 5. Das Offenbarungsverbot im Selbstbestimmungsgesetz ist nicht scharf genug!  
43 Deadnaming und andere Übergriffe müssen unter Strafe stehen!

44 6. Dass die Regelung zur Elternschaft Teil des Selbstbestimmungsgesetz ist,  
45 ist falsch! Die Elternschaft von trans Menschen muss im Abstammungsrecht  
46 und nicht im Selbstbestimmungsgesetz geregelt werden.

47 Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein wichtiger Durchbruch für das alltägliche  
48 Leben von trans Menschen, aber löst bei weitem nicht alle Probleme! Namens- und  
49 Geschlechtsänderung im Ausweis ist das eine, aber queeres Leben umfasst so viel  
50 mehr.

51 Denn für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein  
52 lange überfälliger Schritt, doch die Kämpfe queerer Menschen gehen weit über  
53 Fragen von Geschlechtseintrag und Namensänderungen hinaus. Deshalb gehen wir als  
54 GRÜNE JUGEND weiter und stellen die Systemfrage.

55 Unser System sortiert Menschen nach Verwertbarkeit und damit danach, wie viel  
56 Profit mit ihrer Arbeit generiert werden kann. Seit Jahrhunderten ist der Teil  
57 der Gesellschaft, der Wert - und damit Geld und Anerkennung - schöpft, Männern  
58 überlassen, während Frauen dazu verdammt werden, sich - egal ob sie selbst  
59 erwerbstätig sind oder nicht - um Haus und Kinder zu kümmern.

60 Alle Menschen, die aus diesem binären Raster fallen, stellen das System in  
61 Frage, weil der Kapitalismus nichts anderes als Binarität und die  
62 heteronormative Kleinfamilie kennt. Er hat diese Verhältnisse zu Prinzipien  
63 gemacht, die seine Arbeitsweise unwiderruflich strukturieren. Auch deshalb sind  
64 queere Personen besonders häufig Gewalt ausgesetzt: Das System, in dem wir  
65 leben, prägt, wie wir über die Welt denken, und was uns als "normal" vorkommt.  
66 Alles andere wird sanktioniert. Das äußert sich beispielsweise in der Tatsache,  
67 dass queere Menschen überproportional von Armut betroffen sind. Häufig ist ohne  
68 familiäres Hilfsnetzwerk und durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine  
69 prekäre Lebenssituation fast unausweichlich. Hinzu kommen ebenfalls hohe  
70 Behandlungskosten für geschlechtsangleichende Maßnahmen oder Therapien, um  
71 Diskriminierungserfahrungen zu verarbeiten.

72 Während immer mehr Unternehmen rainbow washing betreiben, um queeres Leben für  
73 ihre Profite zu nutzen, ist für uns als GRÜNE JUGEND klar: Um queere Menschen  
74 von Diskriminierung und Gewalt zu befreien, braucht es einen Systemwechsel! Aber  
75 auch im hier und jetzt können wir für reale Verbesserungen kämpfen. Dabei  
76 verteidigen wir einerseits die politischen Errungenschaften queerer Kämpfe gegen  
77 Angriffe von Rechts. Aber die bloße Verteidigung des Status Quo bedeutet noch  
78 lange keine echte Befreiung queerer Menschen. Wir müssen gleichzeitig für eine  
79 gerechte Politik eintreten.

80 Denn wenn wir für eine bessere Sozialpolitik, wie höhere Löhne und eine  
81 armutsfeste Grundsicherung kämpfen, dann hat das große Auswirkungen auf das  
82 Leben queerer Menschen, die besonders häufig in Armut leben. Und wenn wir  
83 betonen, wie wichtig flächendeckende Therapieangebote sind, dann wissen wir,  
84 dass diese gerade für queere Menschen besonders wichtig sind.

85 Eine gerechtere Politik, die sich nach den Bedürfnissen der Vielen richtet, ist  
86 auch Queerpolitik!

87 Aber immer dort, wo queere Menschen besondere Bedürfnisse haben, müssen diese  
88 genau so ernst genommen werden. So kämpfen wir selbstverständlich für eine  
89 bessere Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Gleichzeitig muss endlich eine  
90 flächendeckende, spezialisierte und vor allem kostenfreie Versorgung für  
91 Menschen, die beispielsweise eine medizinische Transition vornehmen wollen,  
92 sichergestellt werden! Die Änderung von Namen und Personenstand sind das Eine -  
93 für viele Menschen bedeutet eine Transition dennoch viel mehr.

94 Als GRÜNE JUGEND sind wir bedingungslos solidarisch mit allen queeren Menschen  
95 weltweit und denken queere Fragen in unseren Kämpfen immer mit. Denn queere  
96 Rechte gehen uns alle an!

### **V-3 Nieder mit den KfW Studienkredit Zinsen**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

#### **Antragstext**

1 Schon seit Jahren wird immer weiter an unserer Bildung und unserer Zukunft  
2 gespart. Marode Schulen, Personalmangel an allen Ecken und Enden und im Studium  
3 wird es nicht besser. Sogar im Gegenteil! Das deutsche Bildungssystem zeigt  
4 klare Risse und die Finanzierung des Studiums bleibt ein Dorn im Auge vieler  
5 junger Menschen.

6 Immer ferner rückt die Illusion, dass „nur genug Leistung“ auch Erfolg bringt.  
7 Das Versprechen von Aufstieg und Chancengerechtigkeit ist für unsere Generation  
8 nichts weiter als ein neoliberales Märchen.

9 Denn während die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen, die Löhne stagnieren  
10 und der Rotstift der Bundesregierung auch vor dem BAföG keinen Halt macht,  
11 steigen die Zinsen auf Studienkredite der staatlichen KfW-Bank drastisch an.  
12 Studieren ist für viele eine Schuldenfalle geworden.

13 Sie haben es gewagt, den Zinssatz des KfW-Studienkredits auf 7,82 Prozent  
14 anzuheben. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Prinzipien eines sozialen  
15 Staates. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, gerade wenn man die  
16 allgemeinen Lebenskosten bedenkt.

17 Lag der Zinssatz im Oktober 2022 schon bei 5%, erreichte er im April 2023 7,8%  
18 und ist jetzt bei fast 9%. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, denn  
19 infolge der Pandemie und der Inflation sind immer mehr Studierende darauf  
20 angewiesen, einen Kredit aufzunehmen, um sich das (Über)leben während des  
21 Studiums finanzieren zu können.

22 Die aktuelle Situation, in der Studierende mit stetig steigenden Zinssätzen für  
23 ihre Studienkredite konfrontiert sind, ist nicht nur untragbar, sondern steht  
24 auch im klaren Widerspruch zu den Idealen eines sozialen und gerechten  
25 Bildungssystems. Daher fordern wir:

26 **Zinsen auf 0%! :** Für Studierende ist ein Studienkredit die letzte Option, um  
27 sich ein Studium finanzieren zu können. Studierende sollten nicht durch Not in  
28 Schulden fallen. Deshalb darf es keine weiteren Zinserhöhungen für  
29 Studienkredite geben. Die aktuellen Zinssätze haben bereits eine Grenze  
30 überschritten, die für viele Studierende nicht mehr tragbar ist. Deshalb fordern  
31 wir eine sofortige Zinssenkung mit dem langfristigen Ziel von 0% Zinsen!

32 Zinsübernahme durch die Bundesregierung: Die Bundesregierung sollte in die  
33 Pflicht genommen werden, die anfallenden Zinsen für Studienkredite zu  
34 übernehmen. Dies würde nicht nur die finanzielle Belastung für Studierende  
35 erheblich reduzieren, sondern auch ein klares Signal setzen, dass  
36 Bildungsinvestitionen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind.

37 Rückwirkende Zinsbefreiung: Für Studierende, die bereits unter den hohen  
38 Zinssätzen leiden, sollte eine rückwirkende Befreiung von bereits angefallenen  
39 Zinsen eingeführt werden. Dies wäre eine dringend notwendige Entlastung und eine  
40 Anerkennung ihrer finanziellen Belastung.

41 Langfristige Überarbeitung der Studienkredit-Struktur: Eine dauerhafte Lösung  
42 sollte in Angriff genommen werden, um das System der Studienkredite so zu  
43 überarbeiten, dass es gerecht, transparent und zugänglich für alle ist,  
44 unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund.

45 BAföG-Zugang: Nur etwa 11% der Studierenden erhält Bafög und das wird sich mit  
46 den Kürzungen im nächsten Bundeshaushalt wahrscheinlich noch verschlechtern.  
47 Gleichzeitig wird die lang überfällige Bafög-Reform auf mickrige Kompromisse  
48 eingestampft. Der Zugang zum BAföG ist unzureichend und muss erweitert werden.  
49 Alle Studierenden, unabhängig von ihrem Hintergrund, sollten Anspruch darauf  
50 haben. Überflüssige Bürokratie muss gestoppt werden, um den Zugang zu  
51 erleichtern.

52 Es ist nicht vertretbar, dass Studierende auf solche Kredite angewiesen sind, um  
53 sich ein Studium zu finanzieren. Wir, die jüngere Generation, müssen für  
54 besseren Bildungszugang und -finanzierung kämpfen. Investitionen in unsere  
55 Bildung sollten keine Bürde für die Studierenden selbst sein, sondern eine  
56 Priorität für die gesamte Gesellschaft. Als GRÜNE JUGEND werden wir hierfür mit  
57 unseren Bündnispartner\*innen aus Hochschulpolitik und Gewerkschaften kämpfen!

## **V-4 Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Bergkarabach. Der armenische Name  
2 lautet Arzach, aber wir benutzen in diesem Antrag den international üblichen  
3 Namen Bergkarabach. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans und setzen uns  
4 für die 100.000 vertriebenen Menschen ein. Für uns ist aber klar: der Angriff  
5 steht nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in geopolitische Interessen  
6 und Konflikte. Dementsprechend benötigt es eine internationalistische Analyse  
7 und politische Praxis unsererseits sowie Solidarität mit der hiesigen  
8 migrantisch-armenischen Community.

### **Worum geht es jetzt? – Zur aktuellen Situation**

9  
10 Nach einer neunmonatigen Blockade des Latschin-Korridors und der humanitären  
11 Krise, die daraus erfolgte, startete Aserbaidschan am 19.09.2023 einen  
12 militärischen Großangriff auf die Region. Dabei starben mindestens 200 Menschen  
13 und über 400 wurden verletzt. Hunderte werden immer noch vermisst. Aserbaidschan  
14 errichtete Binnenblockaden und schnitt ganze Dörfer und Städte von der Außenwelt  
15 ab. Eine Massenvertreibung setzte ein. Innerhalb von weniger als zwei Wochen  
16 entleerte sich die Region. Über 100.000 Armenier\*innen blieb nur noch die Flucht  
17 als die einzige Option. Armenien ist mit der Anzahl der geflüchteten Menschen  
18 maßlos überfordert und braucht dringend humanitäre Hilfe.

### **Der Alijew-Clan**

19  
20 Der autoritäre Staatschef Aserbaidschans, Ilham Alijew, schürt seit Jahren Hass  
21 gegen Armenier\*innen, unterdrückt oppositionelle Kräfte mithilfe eines riesigen  
22 Sicherheitsapparates und lässt politische Gegner\*innen verhaften.

23 Von Nationalismus getrieben, stellt er auch die territoriale Integrität des  
24 Nachbarlandes Armenien infrage. Die armenische Regierung hat die territoriale  
25 Integrität Aserbaidschans im Mai 2023 anerkannt und auch die Region  
26 Bergkarabach, die mehrheitlich von Armenier\*innen bewohnt ist, als Teil  
27 Aserbaidschans akzeptiert.



28 Aserbaidtschan wird seit nun 50 Jahren mit einer kurzweiligen Unterbrechung vom  
29 Alijew-Clan regiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2023 von Reporter ohne  
30 Grenzen befindet sich Aserbaidtschan auf Platz 151 von 180. Im Demokratieindex  
31 2022 wird Aserbaidtschan auf Platz 134 von 167 eingestuft.

32 Alijew macht sich den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zunutze. Er  
33 stillt den Bedarf der EU an fossilen Energieträgern und setzt diese als  
34 Druckmittel gegen die europäische Staatengemeinschaft ein. Die EU-  
35 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete Aserbaidtschan als  
36 zuverlässigen Partner.

### 37 **Der Panturkismus – eine transnationalistische Ideologie**

38 Die Armenier\*innen befürchten einen neuerlichen militärischen Angriff auch auf  
39 das Staatsgebiet der Republik Armenien. Die Ideologie des Panturkismus stellt  
40 für die kleine Republik eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Der Panturkismus  
41 ist eine nationalistische Ideologie, die die Bestrebung verfolgt, alle  
42 Turkvölker (u.a. Türk\*innen, Azeris oder Turkmen\*innen) kulturell und  
43 geografisch zu vereinen.

44 Dass Armenier\*innen Opfer eines osmanischen Genozids wurden, getrieben durch das  
45 jungtürkische Regime im Ersten Weltkrieg, ist bis heute ein rotes Tuch für  
46 türkische Nationalist\*innen - die Anerkennung des Genozids an den Armenier\*innen  
47 wird vom türkischen Staat gelehrt. Dieser Geschichtsrevisionismus wird u.a.  
48 über die türkischen Rechtsextremen, die Grauen Wölfe, in Deutschland verbreitet.

### 49 **Die Türkei als Komplize**

### 50 **Aserbaidtschan ignoriert und verletzt systematisch internationales Recht**

51 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Alijew sich von bloßen Aufforderungen  
52 internationaler Partner unbeeindruckt lässt. Ferner wird er durch das NATO-  
53 Mitglied Türkei in seinen bisherigen Bestrebungen unentwegt und tatkräftig  
54 unterstützt.

55 Nach seinem Militäreinsatz ist Aserbaidtschan für die Sicherheit und die  
56 Einhaltung der Rechte der Armenier\*innen verantwortlich gewesen, aber wie der  
57 Verlauf der Ereignisse zeigt, kam Aserbaidtschan seiner Verpflichtung nicht nach.  
58 Dabei warnten Menschenrechtsorganisationen,  
59 wie das Lemkin-Institut für Völkermordprävention oder die Gesellschaft für  
60 bedrohte Völker seit 2022 vor der genozidalen Intention Aserbaidtschans. . Laut  
61 Art II (c) der UN-Völkermordkonvention liegt der Tatbestand eines Genozids bei  
62 einer vorsätzlichen Auferlegung von Lebensbedingungen vor, die geeignet sind,  
63 die körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Die

64 Hungerblockade vom Dezember 2022 bis September 2023 entsprach diesem  
65 Straftatbestand.

66 Bereits am 22. Februar 2023 sowie zuletzt im Juli 2023 forderte der  
67 Internationale Gerichtshof (IGH) Aserbaidshans auf, alle Maßnahmen zu ergreifen,  
68 um einen ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr entlang des  
69 Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten.

### 70 **Positionierungen im UN-Sicherheitsrat**

71 In der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates vom 21. September  
72 verurteilten die Außenministerinnen Deutschlands und Frankreichs die  
73 militärische Aggression Aserbaidshans gegen die Armenier\*innen in Bergkarabach  
74 und forderten Aserbaidshans dazu auf, die territoriale Integrität Armeniens zu  
75 respektieren. Ferner verlangten sie nach internationalem Recht  
76 Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs vonseiten  
77 Aserbaidshans.

78 Die Republik Armenien ist eine junge postsowjetische Demokratie, die aufgrund  
79 der jüngsten Entwicklungen in Bergkarabach in eine schwere innenpolitische Krise  
80 stürzte. Die Außenministerin Annalena Baerbock forderte, dass die Demokratie in  
81 Armenien nicht durch dritte Staaten unterminiert werden sollte. Die Republik  
82 Armenien hat angesichts des russischen Versagens als Schutzmacht für den  
83 Waffenstillstand in Bergkarabach seine bisher engen Beziehungen zu Russland  
84 gelockert und versucht, sich dem Westen anzunähern. Am 03. Oktober 2023 stimmten  
85 die armenischen Abgeordneten im Parlament für die Ratifizierung des Römischen  
86 Statuts. Der Kremel hatte zuvor Armenien vor diesem Schritt gewarnt.

### 87 **Deutschlands historische Verantwortung**

88 Wir erwähnen mit Nachdruck, dass Deutschland eine besondere historische  
89 Verantwortung gegenüber Armenier\*innen trägt. 2016 hat der Bundestag in seiner  
90 Resolution zur Anerkennung des Genozids an den osmanischen Christen dies zum  
91 Ausdruck gebracht. Während des Ersten Weltkriegs war das Deutsche Kaiserreich  
92 militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches und daher besonders  
93 umfassend über die Vernichtung der Armenier\*innen und anderer christlicher  
94 Bevölkerungsgruppen informiert. Dennoch hat die deutsche Staatsführung den  
95 Genozid damals stillschweigend hingenommen. Der Bundestag bekannte sich in  
96 seinen Resolutionen von 2005 und 2016 ausdrücklich zu seiner historischen  
97 Mitverantwortung.

### 98 **Unsere Forderungen**

99 Damit dennoch ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden kann, fordern wir:

- 100 • **Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs:**  
101 Aserbaidshans muss sich dazu verpflichten Sicherheitsgarantien für die  
102 armenische Bevölkerung Bergkarabachs nach internationalem Recht zu geben.  
103 Damit die vertriebenen Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.
  
- 104 • **Die territoriale Integrität Armeniens muss von Aserbaidshans akzeptiert**  
105 **werden.** Die Türkei als NATO-Mitglied sollte mit dem Säbelrasseln aufhören.
  
- 106 • **Die vollständige Öffnung des Latschin-Korridors für den Personen- und**  
107 **Güterverkehr in beide Richtungen!**
  
- 108 • Es bedarf einer **entmilitarisierten Zone zwischen Armenien und**  
109 **Aserbaidshans.**
  
- 110 • Eine internationale EU-Beobachtermission soll in die Region entsandt  
111 werden, um als Drittpartei die Rolle einer Vermittlung übernehmen zu  
112 können.
  
- 113 • **Konsequente Aufklärung der Korruptionsaffäre Aserbaidshans:** Das Alijew-  
114 Regime hat Kaviar-Diplomatie in Deutschland und der EU betrieben. Unter  
115 der Kaviar-Diplomatie sind Bestechungen oder die Einflussnahme auf  
116 politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, die auf Luxusgeschenken  
117 basieren.
  
- 118 • Aufgrund der Vertreibung von über 100.000 Armenier\*innen muss Deutschland  
119 gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten **Sanktionen gegen das Alijew-**  
120 **Regime** verhängen. Vermögen von Mitgliedern des Alijew-Clans im Ausland  
121 sollten eingefroren werden.
  
- 122 • Wir vertreten diese Forderungen als Verband, insbesondere in der  
123 Öffentlichkeit und machen Druck im Sinne und in Solidarität mit den  
124 Menschen in Bergkarabach, auch gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der  
125 Regierung.

### 126 **Wichtige Themen nicht den Rechten überlassen**

127 Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Konflikt im Kern kein religiöser  
128 Konflikt ist. Innenpolitisch versuchen rechte Kräfte in Deutschland, unter  
129 anderem die rechtsextreme Partei, die AfD, die Situation im Südkaukasus für ihre  
130 politische Hetzkampagne zu instrumentalisieren, indem sie gezielt den  
131 christlichen Hintergrund der Armenier\*innen gegen den muslimischen Hintergrund  
132 der Türk\*innen oder Aserbaidshaner\*innen auszuspielen versuchen. Wir treten  
133 entschieden gegen diesen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung ein.

## **V-5 Solidarität statt Ignoranz - Menschenwürde und Grundrechte für obdach- und wohnungslose Personen!**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Rund 263.000 Menschen in Deutschland haben keinen festen Wohnsitz. Für diese  
2 Personen bedeutet dieser Zustand eine massive Einschränkung ihrer Grundrechte  
3 und einen enormen Einschnitt ihrer Menschenwürde. Daher gehört zunehmende  
4 Obdach- und Wohnungslosigkeit zu den größten Herausforderungen unserer  
5 Gesellschaft. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht diese Problematik  
6 bis 2030 zu lösen, allerdings lassen die großen Ambitionen bisher keine  
7 konkreten Maßnahmen zur Umsetzung folgen.

8 Menschen in einer solch schwierigen Lebenslage haben keine Lobby – umso  
9 wichtiger ist es, dass wir als GRÜNE JUGEND solidarisch und kämpferisch an der  
10 Seite der Betroffenen von Obdach- und Wohnungslosigkeit stehen.

11 *Daher fordern wir:*

- 12 • **Bundesfördermittel für Housing-First**
- 13 • **Massiver Ausbau von kostenloser Trinkwasserversorgung, besonders in**  
14 **Innenstädten**
- 15 • **Abbau der bürokratischen Hürden bei Notübernachtungsstellen (besonders für**  
16 **nicht EU-Bürger\*innen)**
- 17 • **Fördertopf für die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Toiletten**  
18 **mit kostenloser Bereitstellung von Periodenprodukten und weiteren**  
19 **Hygieneartikeln**
- 20 • **Bundesfördermittel für Dusch- und Kältebusse**
- 21 • **Sicherstellung eines niederschweligen Zugangs zu medizinischer**

22

### **Grundversorgung und psychologischer Betreuung**

23

- **Bundesweite beständige Förderung von aufsuchender Sozialarbeit bzw. Streetwork**

24

25

- **Aufklärungskampagne zur Destigmatisierung von Obdachlosigkeit sowie zur Verhinderung von Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen**

26

## **V-7 Klimakampf für viele - Klimapolitik statt Repressionen**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Die globale Klimapolitik ist nicht auf dem Weg, eine sich extremisierende  
2 Klimakrise und deren Konsequenzen zu Verhindern, Deutschland kommt hierbei eine  
3 besondere Verantwortung zu. Wir erkennen die Verantwortung Deutschlands an,  
4 hierbei viel sehr viel schneller und entsprechend von Wissenschaftlichen  
5 Szenarien klimapolitisch zu handeln.

6 Wir erkennen die Notwendigkeit von zivilem Ungehorsam angesichts dieser  
7 dramatischen Lage und den krassen resultierenden Ungerechtigkeiten an.

8 Außerdem unterstützen wir deutlich die Idee, einen Gesellschaftsrat  
9 einzuberufen, der der Bundesregierung aufzeigen kann, welcher Weg, Deutschland  
10 bis 2030 sozial gerecht fossilfrei zu machen, gesellschaftlich mehrheitsfähig  
11 werden kann.

12 Die Klimakrise verstärkt sich von Tag zu Tag und Deutschland kommt seiner  
13 globalen Verantwortung, schnell und effektiv zu handeln, nicht nach. Wir müssen  
14 möglichst schnell aus allen fossilen Energieträgern aussteigen, um noch eine  
15 Chance zu haben, die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten.

16  
17 Wir erwarten, dass in allen Fragen des sozial-ökologischen Wandels grundsätzlich  
18 diejenigen, die die Transformation tragen sollen, auch mit eingebunden werden.  
19 In Bürgerbeteiligungen auf verschiedenen Ebenen wollen wir etwa Beschäftigte,  
20 Anwohner\*innen und junge Menschen zentral dabei einbinden, über den ökologischen  
21 Umbau konkret mitzuentcheiden und mehrheitsfähig zu gestalten. Verschiedene  
22 Möglichkeiten (z.B. Transformationsräte, einen Bürger\*innenrat/Gesellschaftsrat,  
23 Arbeiter\*innenräte), diese Einbindung auszugestalten, werden in der  
24 Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND aufgegriffen und diskutiert.

25  
26 Als GRÜNE JUGEND erkämpfen wir eine konsequente Klimapolitik. Dafür braucht es  
27 eine starke gesellschaftliche Bewegung, die den Klimakampf mit anderen  
28 Klassenkämpfen verbindet, um die Mehrheit der Gesellschaft anzusprechen. Daher  
29 beteiligen wir uns als GRÜNE JUGEND an vielfältigen Aktionsformen von Social

30 Media Aktionen über Großdemonstrationen, Organizingkampagnen bis hin zu zivilem  
31 Ungehorsam, die sich gegen Kapitalinteressen und deren Verteidigung durch  
32 Polizeigewalt richten.

33  
34 Wir als GRÜNE JUGEND, möchten die breiten Massen nutzen, um Druck aufzubauen und  
35 sehen auch die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren oder in den  
36 dringend benötigten Urlaub reisen wollen, als unsere Verbündeten im Kampf für  
37 eine Gesellschaft, in der Kapitalinteresse nicht mehr über die Zukunft auf  
38 unserem Planeten gestellt werden.

39  
40 Insbesondere in unserer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bekommen wir immer  
41 wieder gespiegelt, dass viele Beschäftigte Straßenblockaden und ähnliche  
42 Aktionen als Aktionen gegen die breite Mehrheit verstehe, wodurch sie von linken  
43 Kämpfen abgeschreckt werden.

44  
45 Dabei verstehen wir die Verzweiflung über das fehlende Handeln der Regierungen  
46 auf die eskalierende Klimakrise zu reagieren und sich auf diese Art für  
47 Klimaschutz einsetzen möchten, jedoch teilen wir ihre Strategie nicht.

48  
49 Wir möchten jedoch auch klar betonen: Die verstärkten Repressionen gegen  
50 Klimaaktivist\*innen und ihre zunehmende Kriminalisierung sind eine Gefahr für  
51 jeden gesellschaftlichen Widerstand. Beispielhaft hierfür stehen die zahlreichen  
52 Versuche, die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung einzustufen und zu  
53 verbieten, sowie zahlreiche Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen,  
54 Präventivverhaftungen und vieles mehr. Dies betrifft auch heute schon weitere  
55 Gruppen wie FFF.

56  
57 Unabhängig davon, ob wir mit den Aktivist\*innen strategisch einer Meinung sind,  
58 treten wir der zunehmenden Kriminalisierung von legitimem Protest entschieden  
59 entgegen. Dass selbst Regierungsmitglieder, deren Aufgabe es wäre, sofort für  
60 effektiven Klimaschutz zu sorgen, stattdessen in den hasserfüllten Diskurs gegen  
61 Aktivist\*innen einsteigen und einseitig mit immer härter Repression drohen,  
62 verurteilen wir.

## **V-9 Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare abschaffen**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die GRÜNE JUGEND fordert von der Ampel-Regierung ihr Koalitionsversprechen in
- 2 Bezug auf „Familienrecht“ Absatz II („*Wenn ein Kind in die Ehe zweier Frauen*
- 3 *geboren wird, sind automatisch beide rechtliche Mütter des Kindes, sofern nichts*
- 4 *anderes vereinbart ist. Die Ehe soll nicht ausschlaggebendes Kriterium bei der*
- 5 *Adoption minderjähriger Kinder sein*“ [Z. A. Familienrecht]) umzusetzen.
  
- 6 Zusätzlich fordern wir, dass dieses Recht für alle Ehen gilt.



## V-10 Künstliche Befruchtung für alle endlich fördern

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### Antragstext

1 *"Wir wollen ungewollt Kinderlose besser unterstützen. Künstliche Befruchtung*  
2 *wird diskriminierungsfrei auch bei heterologer Insemination, unabhängig von*  
3 *medizinischer Indikation, Familienstand und sexueller Identität förderfähig*  
4 *sein. [...] Sodann planen wir, zu einer vollständigen Übernahme der Kosten*  
5 *zurückzukehren."*

6 *(Koalitionsvertrag der Ampel 2021, S. 116)*

7 Wir begrüßen das Vorhaben der Koalitionspartner, die Kostenübernahme für  
8 künstliche Befruchtung durch den Bund sowie die Krankenkassen für alle  
9 umzusetzen. Wir fordern die Regierung auf, ihr Versprechen der Förderung für  
10 alle einzuhalten und das Verfahren zu beschleunigen.

11 Weiterhin sollte Ziel der Regierung sein, die vollständige Kostenübernahme  
12 einzuführen.

### Begründung

Künstliche Befruchtung ist für viele Menschen und Paare eine Möglichkeit, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Nach der derzeitigen Rechtslage werden aber nur verheiratete, heterosexuell gelesene Paare unterstützt, in denen die weiblich wahrgenommene Person an einer Fertilitätsstörung leidet.

Die Ampel-Koalition regiert seit zwei Jahren und hat die finanzielle Unterstützung aller kinderloser Personen versprochen. Dennoch tut sich nichts und viele Menschen mit Kinderwunsch werden dabei allein gelassen und müssen häufig Kosten in Höhe von tausenden Euro allein tragen. Insbesondere für Menschen mit niedrigerem Einkommen ist dies häufig nicht tragbar.

Die selbsternannte "Fortschrittskoalition" sollte ihrer Verantwortung nachkommen und parteiübergreifenden Konsens endlich umsetzen.

Wir als Grüne Jugend sind dafür verantwortlich, die Regierung und vor allem die Grüne Partei an ihre Wahlversprechen zu erinnern und sie einzufordern. Daher bitten wir euch, für diesen Antrag zu stimmen.